

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
**J. A. C. Geyer.**  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Soepadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung spätestens 4 Wochen  
vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Zelte ist Berlin.

Berlin, den 5. Okt. 1932.

Int. Institut  
Soz. Geschichtswiss.  
Amsterdam

Reaktionäre Gewalt.

SPD. Am 10. Oktober findet vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Hauptverhandlung über die Klage des Landes Preussen gegen die kommissarische Regierung statt. Fünf Tage vor dem Termin hat die kommissarische Verwaltung in Preussen einen neuen grossen Beamtenschub vorgenommen. Nachdem schon vor längerer Zeit die Oberpräsidien von allen Beamten gereinigt worden sind, die sich zum Volksstaat bekennen, sind nunmehr in den Regierungspräsidien und den Polizeipräsidien Angehörige der bisherigen Koalitionsparteien und Beamte, die im Verdacht fortschrittlicher Gesinnung stehen, durch waschechte Reaktionäre ersetzt worden. Die kommissarische Verwaltung hat sich beeilt, diesen Beamtenschub noch vor dem Spruch des Staatsgerichtshofes in Leipzig vorzunehmen. Was man hat, das hat man.

Die reaktionären Freunde der kommissarischen Verwaltung können feststellen, dass für sie die neuen Machthaber in Preussen gehalten haben, was von ihnen erwartet wurde. Noch vor kurzem erst hat beispielsweise die kommissarische Verwaltung den Ministerialdirektor Nobis zum Staatssekretär ernannt. Herr Nobis hatte es um Herrn Bracht verdient. An jenem 20. Juni, als der Streich gegen die rechtmässige Regierung in Preussen geführt wurde, verliess Herr Nobis unmittelbar nach der bekannten Unterredung in der Reichskanzlei seine Minister und verfügte sich in das Zimmer des Herrn von Papen. Er ging sozusagen stehenden Fusses und mit fliegenden Rockschüssen von der rechtmässigen Regierung zu den neuen Machthabern über. Er hat seine Ernennung wohl verdient!

Die Leute, die jetzt von der kommissarischen Verwaltung an ausschlaggebende Posten der Verwaltung gestellt worden sind, sind Leute von meist deutsch-nationaler Gesinnung, bewährte Anhänger des Obrigkeitsstaates und Gegner des Volksstaates. Ueberblickt man ihre Personalien, so erkennt man, wie der Kastengeist des Obrigkeitsstaates als Auswahlprinzip wirksam gewesen ist. Unter diesen Leuten befinden sich nicht weniger als 11 Adlige. Das Kabinett der Barone und seine Filiale in Preussen sorgt dafür, dass die Homogenität zwischen der Barone in der Spitze und der Barone in der Verwaltung hergestellt wird. Sie werden bald wieder sagen können: Mang uns mang is keener mang, der nicht mang uns mang gehört!

Dann verlangt man vom Volke, es solle glauben und darauf schwören, dass diese Methode eine überparteiliche Staatsführung darstelle! Es wird von Tag zu Tag klarer, dass diese obrigkeitsstaatliche Methode sich nur auf die deutschnationale Partei des Herrn Hugenberg stützen kann, während sie darüber hinaus das gesamte Volk gegen sich hat.

Dieser neue grosse Beamtenschub in Preussen ist selbstverständlich eine bewusste Demonstration gegenüber der Verfassungsklage der rechtmässigen Regierung und dem Staatsgerichtshof in Leipzig. Es wird damit ziemlich unmissverständlich zu verstehen gegeben: Wir sitzen in der Macht und der Staatsgerichtshof in Leipzig kommt erst in zweiter Linie.

Oder sollte es die Absicht sein, in solchem Umfange vollendete Tatsachen zu schaffen, dass von diesen Tatsachen ein unbewusster Einfluss auf die Urteilsfällung des Staatsgerichtshofes ausgehen muss? Ist es die Absicht, den Staatsgerichtshof auf solche Weise unter den Druck einer Staatsraison zu stellen, wie die neuen Machthaber sie auffassen, dass die Kreise der Staatsrechtler unter dem Drucke so umfassender Restauration zu dem resignierenden Schlusse kommen, dass man eine tatsächlich so weitgehend durchgeführte Restauration auf der Grundlage der Macht durch einen Urteilsspruch nicht mehr umstossen könne?

Wie dem auch sei: dieser neue Beamtenschub zeigt deutlich, dass dem Kabinett der Barone und seiner Filiale in Preussen die Macht, der tatsächliche Besitz der ausübenden Gewalt in erster Linie steht, während die Erwägungen des Staatsrechts erst in zweiter Linie kommen.

Auf diese Art und Weise wird von den Kräften des Obrigkeitsstaates für die Zukunft eine sehr ernste Auseinandersetzung zwischen dem Machtdünkel eines der Vergangenheit angehörenden Systems und dem Volke vorbereitet!

-----

SPD. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1932 folgende Personalveränderungen beschlossen:

Mit der kommissarischen Verwaltung der Oberpräsidien werden beauftragt in Königsberg Regierungspräsident a. D. Kutscher, in Breslau der Landrat in Reichsnbach Graf von Degenfeld, in Kiel der Vizepräsident des Oberpräsidiums Kiel Dr. Thon, in Kassel der Kurator der Universität Marburg Geheimer Oberregierungsrat Dr. Dr. Dr. von Hülsen. Der frühere Vizepräsident der Regierung in Merseburg Fehrmann wird zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Magdeburg ernannt. Der bisher mit der Vertretung des Vizepräsidenten beim Oberpräsidium der Provinz Sachsen in Magdeburg beauftragte Landrat Mengel wird in gleicher Amtseigenschaft dem Oberpräsidium der Provinz Brandenburg in Berlin-Charlottenburg zur Verfügung gestellt. Der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Koblenz Guske wird beurlaubt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Koblenz wird vertretungsweise Oberregierungsrat Flach vom Oberpräsidium daselbst beauftragt. Der Regierungspräsident in Erfurt Dr. Freyseng wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Zu kommissarischen Regierungspräsidenten werden ernannt: in Stettin der Landrat in Itzehoe Göppert, in Magdeburg der Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium Zachariae, in Erfurt der Ministerialdirigent im Preussischen Ministerium des Innern Bachmann, in Münster der frühere Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pünder. Regierungspräsident Dr. Abegg in Schleswig wird auf seinen Wunsch in gleicher Eigenschaft in einem Regierungsbezirk in Mitteldeutschland verwendet werden. Als sein Nachfolger ist der Landrat in Flensburg Dr. Wallroth in Aussicht genommen. Er wird ihn auch während eines bereits genehmigten Urlaubs vertreten. Der Regierungsvizepräsident in Erfurt Fischenich wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt, aber gleichzeitig mit der vertretungswweisen Verwaltung des Kreises Grevenbroich-Neuss beauftragt. Zum Regierungsvizepräsidenten in Erfurt wird der Landrat des Kreises Grevenbroich-Neuss von Chamier-Gliseinski ernannt. Die Regierungsvizepräsidenten Ellinghaus in Gumbinnen und Wagner in Breslau werden beurlaubt. Mit der vertretungswweisen Verwaltung der Stelle des Vizepräsidenten der Regierung in Gumbinnen wird der Oberregierungsrat von Braumüller in Allenstein, mit der des Vizepräsidenten der Regierung in Breslau der Verwaltungsgerichtsdirektor von Scheller, zurzeit bei der Regierung in Schneidemühl beauftragt. Der Oberregierungsrat bei der Regierung in Köslin von Hoffmann wird zum Regierungsvizepräsidenten in Marienberg ernannt.

Der Polizeipräsident in Harburg-Wilhelmsburg Wentker wird, in den einst-

weiligen Ruhestand versetzt. Zu Polizeipräsidenten werden ernannt die bisherigen kommissarischen Polizeipräsidenten in Königsberg Landrat Berner, in Elbing Oberregierungsrat von Klinckowström, in Magdeburg Oberregierungsrat Freiherr von Nordenflycht, in Kiel Landrat Graf zu Rantzau, in Altona Regierungsrat Dr. Diefenbach, in Essen Polizeipräsident Dr. Wiesmann, in Köln Polizeikommandeur Lingens, in Kassel Regierungsrat von Kottwitz. Zu kommissarischen Polizeipräsidenten werden ernannt: in Oppeln der Regierungsrat beim Oberpräsidium in Breslau Dr. Horstmann, in Gleiwitz der Landrat des Kreises Falkenberg Wackerzapp, in Erfurt Regierungsrat Rabe von Pappenheim. Der Polizeipräsident in Gleiwitz Danehl wird in gleicher Amtseigenschaft an das Polizeipräsidium in Harburg-Wilhelmsburg versetzt. Der mit der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidiums in Erfurt beauftragte Oberregierungsrat Kretzschmar wird unter Ernennung zum Regierungsdirektor an das Polizeipräsidium Berlin versetzt. Der kommissarische Polizeidirektor in Schneidemühl Regierungsrat Mock wird zum Polizeidirektor in Schneidemühl ernannt. Mit der vertretungsweisen Verwaltung des Landratsamts in Itzehoe wird der Landrat Dr. Ide in Weissensee, mit der vertretungsweisen Verwaltung des Landratsamts in Weissen-see der zurzeit mit der Verwaltung des Polizeipräsidiums in Oppeln beauftragte Regierungsrat Hüter beauftragt.

Der Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium Dr. Ahrendts wird in gleicher Amtseigenschaft in das Ministerium für Volkswohlfahrt versetzt. Der Regierungspräsident i.e.R. Dr. von Bahrfeldt wird zum Kurator der Universität Breslau ernannt. Der Generalstaatsanwalt und Präsident des Strafvollzugsamts in Marienwerder Wichmann wird als Generalstaatsanwalt an das Oberlandesgericht in Düsseldorf versetzt. Der Oberstaatsanwalt Janssen in Aachen wird zum Generalstaatsanwalt und Präsidenten des Strafvollzugsamts in Marienwerder ernannt.

-----  
SPD. Breslau, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das politische Leben in der schlesischen Hauptstadt ist um eine allgemein Heiterkeit erregende Absonderlichkeit reicher. Seit Dienstag früh erscheint im Zeitungshandel die vor wenigen Tagen angekündigte Wochenzeitung der kürzlich gegründeten Deutschen Sozialen Monarchistenpartei. Das Blatt hat den hochtrabenden Namen "Sanssouci" und bezeichnet sich im Untertitel: "Monarchistische Wochenzeitung für alle deutschen Stände, Organ der ersten aktiven Monarchisten". In der Zeitung findet man u.a. Weisheitssprüche des Herrn von Doorn über Gottesfurcht und Pflichttreue und einen kurzen Aufruf der Deutschen Sozialen Monarchisten-Partei, in dem es heisst: "Ein deutsches Volk, von Arbeiterregierungen zermürbt, hat nur einen Wunsch, nämlich den: Zurück zur Monarchie! Aus dieser Erkenntnis heraus erwächst die Pflicht zu freiem stolzen offenen Bekennen für einen deutschen Kaiser. Monarchisten, die Fahne hoch! Es lebe der Kaiser! Es lebe die Monarchie!"

Ob Wilhelm das Geld dazu gibt ?

-----  
SPD. Breslau, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

In einer Versammlung der Nazis, die am Dienstag abend in einer Gaststätte in dem Breslauer Vorort Pöpelwitz stattfand, kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen der KPD. Nach dem Vortrag des Nazi Referenten meldeten sich Diskussionsredner der KPD zum Wort. Als danach am Schluss der Versammlung die Kommunisten die Internationale anstimmten, kam es zu einer schweren Schlägerei, bei der Biergläser, Aschenbecher, Stuhl- und Tischbeine als Waffen benutzt wurden. Mehrere Personen wurden im Verlauf der Auseinandersetzung zum Teil erheblich verletzt.

SPD. Köln, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Kölner Organisation der NSDAP gehen merkwürdige Dinge vor. Zwar ist die Meldung der "Kölner Nachrichten", des Organs der Wirtschaftspartei, dass der Gauleiter Landtagsabgeordneter Grohé, wie auch der Reichstagsabgeordnete Schaller ihrer Kölner Ämter innerhalb der Parteiorganisation enthoben seien, verfrüht, aber sie dürfte nicht so ganz ohne Unterlagen sein, denn auf einer internen Besprechung, die am vergangenen Donnerstag stattfand, ist die Vermutung geäußert worden, dass der Gauleiter Grohé, der SA-Führer Palm und Herr Schaller wohl demnächst Köln verlassen müssten. Auch das plötzliche Auftauchen des berüchtigten Fememörders Schulz in Köln wird damit, wohl nicht ohne Grund, in Zusammenhang gebracht.

In München weiss man genau darüber Bescheid, dass der Gau Köln-Aachen der übelste Korruptionssumpf ist. Man wird sich aber hüten, vor den Wahlen der Öffentlichkeit das traurige Schauspiel zu geben, wie man die letzten Mitbegründer der Kölner Hitlerei mit Schimpf und Schande in die Verbannung schickt.

Der Rheinischen Zeitung ist ein neuer Fall von Korruption mitgeteilt worden. Ihr liegt folgender Brief vor, dessen Echtheit jederzeit vor Gericht unter Beweis gestellt werden kann :

Heinrich Mainz.

Köln, den 2. Februar 1932  
Helenenstrasse 9.

Herrn

Gregor Strasser, M.d.R.,  
Leiter der Organisation I  
München, Brienerstrasse 45.

Per Einschreiben!

Vor Jahresfrist gab Pg. Dr. Robert Ley auf Grund bewusst unreeller Unterlagen Schuldscheine auf eine Gesellschaft aus, die sich "Filzengraben 2/4, GmbH.", Köln, nannte. Als ich von dem Vorhaben des Pg. Kenntnis erhielt, hatte ich ihn durch Brief persönlich aufgefordert, so etwas nicht zu machen, und drohte ihm an, dass ich alles tun werde, um die Sache zu hintertreiben. Pg. Ley besuchte mich darauf und erklärte ich ihm, dass sein Vorhaben ein Betrug wäre, und wenn wir ein deutsches Recht hätten, ich ihn vor den Staatsgerichtshof zitieren liesse. Er störte sich im Grunde genommen nicht daran und arbeitete an der Sache weiter, so dass er die Schuldscheine drucken liess. Wenn ich richtig informiert bin, haben Sie, Herr Pg., ihm die Ausgabe dieser Schuldscheine untersagt. Auf jeden Fall ist der Vertrieb derselben, welche speziell ausserhalb Kölns gemacht wurden, nach kurzer Zeit eingestellt worden.

Ich füge Ihnen zur Kenntnisnahme einen solchen Schuldschein bei, welcher einer Frau Wwe. Arthur Reichler, Oberklöppelsberg bei Ohl (Bez. Köln), gehört. Reichler, welcher im August vorigen Jahres gestorben ist, war Pg. und hat zehn dieser Scheine übernommen. Als jetzt am 1. Januar d.J. die Zinsen fällig wurden stellt sich heraus, dass keiner dieselben zahlen will.

Es besteht nun folgende Gefahr, wodurch die Bewegung stark in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Juden und politische Gegner versuchen, diese Scheine aufzukaufen, und wollen dann, da sie keine Zinsen bekommen, gegen die Filzengraben 2/4 GmbH. den Konkurs beantragen. Es müsste dann die Staatsanwaltschaft eingreifen, gegen Dr. Ley, den damaligen Geschäftsführer Dr. Schmitz so wie den besten Freund von Dr. Ley, sein Saufkumpan Hugo Simon. Ich bitte Sie dringend, Herr Pg., doch hier einzugreifen und die Partei vor Schaden zu bewahren.

Ferner bitte ich Sie, überhaupt im Interesse der Partei, einen Beauftragten nach Köln zu senden, welcher sich einmal über die Stimmung der Pgs, über die Fehler und Unterlassungen einzelner Führer und deren Fähigkeiten, informiert. Z.B. kümmert man sich hier im Uschla-Verfahren je nach Bedarf, ob er Pg. und seine Mieten bezahlen konnte. Andererseits lässt man Verfahren beim Uschla bewusst zwei Jahre alt werden und erledigt sie dann noch immer

nicht. Alles zu schreiben ist mir nicht möglich, aber an Hand von Belegen werde ich den hierhin gesandten Beauftragten die sich zeigenden Schädenerinnerhalb der Organisation vortragen können.

Ich erbitte mir gelegentlich den Schuldschein zurück, um ihn Frau Reichler wieder aushändigen zu können.

Mit Hitler Heil!

Ergebenst Heinrich Mainz.

Der Absender Heinrich Mainz ist noch heute Kölner Stadtverordneter und war es bis vor zwei Monaten noch als Nationalsozialist. Der Beschuldigte Dr. Robert Ley ist Kölner Reichstags- und Provinziallandtagsabgeordneter. Kurz nach Absendung dieses Briefes, den Herr Mainz verfasst hat, als er noch nicht aus den Nazireihen wegen des persönlichen Gestankes, den die Führer verbreiten ausgetreten war, wurde Herr Dr. Ley nach München versetzt, und zwar, merkwürdigerweise gerade in der Stelle eines "Leiters der Organisation I" an Stelle Strassers.

Die Ermittlungen der "Rheinischen Zeitung" in der Angelegenheit ergaben folgendes: Herr Dr. Robert Ley hatte, als die NSDAP in Köln die Einrichtung von Parteiheimen für notwendig hielt, seinerzeit an seine Getreuen ein Rundschreiben erlassen, in dem er sie bat, Gelder zur Verfügung zu stellen, für die er Anteilscheine an der "Filzengraben 2/4 GmbH" ausgeben wolle. Eine ganze Reihe gläubiger Hitleranbeter gingen darauf ein, und so auch der Ortsgruppenführer in Ohl bei Wipperfürth, der Lehrer Reichler. Als der Mann vor zwei Jahren gestorben war und die Witwe Geld brauchte, schickte sie durch den Kreisleiter Buchholtz die zehn Scheine zu je 100 M nach Köln, um sie wieder einzulösen. Sie war natürlich recht erstaunt, als der Bote ihr die Zettel zurückbrachte. Dann erst wurden plötzlich die Scheine eingelöst, aber nur neun von ihnen. Ein weiterer Pg. in Ohl, ein Wirt, der ebenfalls derartige Scheine nahm und noch im Besitz hat, wandte sich sofort an den "Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss" (densogenannten "U Schla") und schrieb an Herrn Strasser. Als Antwort erhielt er die Mitteilung, dass das Verfahren gegen Dr. Ley weitergehe. Er selbst zog dann nach Erstattung der 900 M an Frau Reichler seinen Klageantrag zurück. Diese hatte sich aber an den damals noch in der Kölner Partei tätigen Herrn Mainz gewandt, der nun den oben veröffentlichten Brief schrieb. Es dauerte lange Zeit, dann verschwand plötzlich Herr Ley nach München. Die amtliche Mitteilung, er werde Vertreter Strassers, war nicht mehr als eine Finte. In Wirklichkeit wurde die Geschäftsführung des ehemaligen Chemikers und nachmaligen Rassefanatikers selbst den Herren in München zu bunt, und man zog es daher vor, ihn näher unter den Augen zu haben.

-----

SPD. Die Enthüllungen im Münchener Tschekaprozess haben den Herrschaften im Braunen Hause Kopfschmerzen gemacht. Der Reichsanzeige des Dritten Reiches, der "Völkische Beobachter", hat kein Wort über den Prozess veröffentlicht. Herr Röhm versucht sich nun durch eine Erklärung aus der Affäre zu ziehen, die sehr vorsichtig stilisiert ist. Er kann die Tatsache der Unterredung mit Mayr nicht bestreiten, er sucht jetzt nur die Initiative dazu Mayr zuzuschreiben. Herr Röhm veröffentlicht eine "eidesstattliche Erklärung", in der es heisst, dass er dem Prozess entschuldigt ferngeblieben sei, weil er sich dienstlich in Wien aufgehalten habe; ferner dass die Unterredung mit dem Reichsbannerführer Major a.D. Mayr am 2.4.32 in Berlin auf Ersuchen des Fabrikanten Bell stattfand. Als Zweck der Unterredung habe Bell im Auftrag Mayrs angegeben, dieser möchte ihn befragen, ob sich nicht ein Weg finden lasse, dem gegenseitigen politischen Blutvergiessen Einhalt zu tun, und ob nicht bei einer Aenderung der politischen Verhältnisse eine besondere Verwendung seiner Person und der zu Mayr stehenden Teile des Reichsbanners an Seite der NSDAP. unter der Führung Röhm's möglich wäre. Im Laufe des Gesprächs habe Mayr mehrmals die persönlichen Angriffe gegen Röhm wiederholt

und seine Ueberzeugung ausgesprochen, dass die Beseitigung Röhm's aus eigenen Reihen in Aussicht stünde. Auf Röhm's Hinweis, dass es sich hier wohl nur um Phantasiegebilde handle, die er (Röhm) nicht ernst nehme, habe Mayr erklärt, dass er anderer Auffassung sei und dass es ungeheuerlich sei, dass Röhm als Führer der SA keine Kenntnis von den Plänen hätte.

Diesem Versuch Röhm's, sich herauszuwinden, stellt Major Mayr die folgende Erklärung entgegen:

"Die Erklärung des SA.-Führers Hauptmann Röhm gegen die Aussagen in dem bekannten Münchener Prozess stellen eine Kette von groben Unwahrheiten und Zwangsvorstellungen dar. Völlig falsch ist die Behauptung, dass ich es gewesen sei, der um eine Unterredung gebeten hätte. Röhm wurde mir vielmehr von seinem Parteifreund und engen aussenpolitischen Mitarbeiter Bell, wie auch vor Gericht eidlich festgestellt, als Zeuge für die Richtigkeit der umlaufenden Behauptungen über die Zustände im Braunen Haus benannt. Es ist selbstverständlich, dass, wenn mir der oberste SA.-Führer als Kronzeuge auf dem Präsenztisch angeboten wurde, ich dieses Angebot nicht ausschlug. Eine andere Ursache, mich mit Herrn Röhm in Verbindung zu setzen, konnte für mich selbstverständlich in keiner Weise in Frage kommen. Es sollte lediglich, dem Angebot des Herrn Bell entsprechend, aus dem Mund des SA.-Führers persönlich die notwendige Bestätigung der verrotteten Verhältnisse im Braunen Haus erlangt werden. Eine geradezu groteske Unwahrheit ist es, wenn behauptet wird, ich hätte für mich und gar noch für Teile des Reichsbanners eine Unterstellung ausgerechnet unter die Führung eines Hauptmann Röhm angestrebt oder angeboten.

Tatsache ist, dass die Unterredung in der von mir bestimmten Wohnung stattfand. Ein Zusammenreffen mit Röhm in dessen Hotelzimmer lehnte ich aus naheliegenden Gründen von vornherein ab.

Eine völlige Verdrehung der Tatsachen ist es, dass ich mit Röhm vereinbart hätte, er könne von dem Inhalt dieser Unterredung seinem Anwalt und Herrn Hitler Mitteilung machen. In Wirklichkeit war auf Veranlassung Röhm's eine ehrenwörtliche Verpflichtung vereinbart, von dem Statthalter der Unterredung bis auf weiteres nichts verlauten zu lassen. Aus der heutigen Erklärung des Herrn Röhm geht für mich hervor, dass er eine ehrenwörtliche Verpflichtung gebrochen hat. Die ehrenwörtliche Verpflichtung war für mich eine weitere Bekräftigung, dass es dem sehr aufgeregten Herrn Röhm wirklich nur darauf angekommen war, bei mir einen Rückhalt gegenüber seinen Gegnern im eigenen Lager zu suchen. Wie schon vorher durch Herrn Bell, so hat er auch persönlich in jener Unterredung auf das Dringendste gebeten, ihm weiteres Material gegen seinen Feind Schulz zu beschaffen. In jener Unterredung mit mir hat er im Gegensatz zu seiner heutigen Erklärung die blutigen Pläne im Braunen Haus durchaus ernst genommen. In diesem Sinne hat er sich ja auch im Mordprozess Danzeisen vor Wochen schon eidlich ausgesprochen.

Was den politischen Inhalt des Gespräches anlangt, so sei einstweilen Folgendes hervorgehoben: Der Hauptteil des Gespräches bezog sich auf die ungläublichen inneren Zustände im Braunen Haus. Röhm ging dabei auch auf die Personalverhältnisse in der SA.-Organisation ein. Er erörterte sogar die eben erfolgte Versetzung oder Kaltstellung einzelner SA.-Führer. Wie sehr in jenem Gespräch die Person seines Parteifreundes Schulz im Vordergrund stand, habe ich schon dadurch bewiesen, dass ich ausführlicher die schwere Indiskretion mitteilen konnte, die mir, dem politischen Gegner gegenüber, sich der Hauptmann Röhm über eine tags zuvor mit dem General v. Schleicher abgehaltene Unterredung erlaubte.

Von antibolschewistischer Einheitsfront war selbstverständlich nicht im entferntesten die Rede. Der Bolschewismus wurde insofern erwähnt, als ich auf Grund der dann auch im Prozess mitgeteilten Meldungen aus Stuttgart darauf hinweisen konnte, dass auch die kommunistische Seite über alle Vorkommnisse innerhalb der Nazibewegung offenbar genau im Bilde sei. In diesem Zu-

sammenhang bestätigte mir Röhm unaufgefordert, dass in einzelnen Teilen der SA. bis zu 90 % frühere Angehörige von "Rot Front" stünden.

Im Laufe des 3½-stündigen Gespräches wurde von Herrn Röhm auch der Gedanke gestreift, wie bedauerlich es sei, dass SA. und Reichsbanner in teilweise blutigem Kampf gegeneinander ständen. Die Schuld daran schob Röhm den Politikern, den "Zivilisten" zu. Er unterscheide, so erklärte er mir, zwei Kategorien: die Soldaten und die Zivilisten. An der Verhetzung seien nur die Zivilisten Schuld, die dann im geeigneten Augenblick sich zu drücken verstanden. Unter diese Zivilisten rechnete er wörtlich auch seinen Kollegen in der Reichsleitung, den Reichstagsabgeordneten Dr. Frank.

Ich bemerkte hinsichtlich dieses sogenannten Burgfriedens nur, dass das von erst die Rede sein könne, wenn Herr Hitler seine Parole vom Köpferrollen lassen und überhaupt sein ganzes Programmbug "Mein Kampf" als völligen Unsinn feierlich zurückgenommen habe. Solche und noch viel kräftigere Werturteile und Feststellungen steckte Herr Röhm ruhig ein.

Herr Röhm hat eine "eidesstattliche Erklärung" gewagt. Hierzu stelle ich nur fest, dass in dem Münchener Prozess der Zeuge Bell, heute noch Mitglied der NSDAP., seine Vertheidigung abzulehnen versuchte mit der Begründung, im Braunen Haus würden eidesstattliche Versicherungen nach Bedarf hergestellt, die ihn in die Gefahr einer Verfolgung wegen Meineid bringen könnten.

Soweit Major Mayr. Röhm's "eidesstattliche Erklärung" in der Presse erweist sich auch juristisch als typischer Nazibluff. Eine eidesstattliche Versicherung hat nur dann rechtliche Wirksamkeit, wenn sie vor einer zur Abnahme solcher Versicherungen zuständigen Behörde abgegeben ist. Ist dies nicht der Fall, so ist eine sich als "eidesstattlich" bezeichnende Erklärung nicht mehr wert als irgendeine private Aeusserung. Insbesondere treten keine strafrechtlichen Folgen ein, mag sie auch wissentlich noch so falsch abgegeben sein. Eine vor der Presse abgegebene "eidesstattliche Erklärung" ist daher ein Humbug!

Das Ergebnis ist: Major Mayr hat seine Aussage vor Gericht beschworen. Röhm dagegen hat sich als Zeuge vor Gericht gedrückt, er wird lieber 500 Mark Strafe zahlen, als eine eidliche Zeugenaussage über seinen Besuch bei Mayr zu machen. Hinterher übermittelt Röhm der Presse eine "eidesstattliche Versicherung", die keine ist, sondern eine wirkungslose private Aeusserung! Was das nicht genug?

-----

SPD. Die Bundespressestelle des Reichsbanners teilt mit: In kameradschaftlicher Unterstützung bemühen sich alle Republikaner Ohlaus, den Angehörigen der von den schweren Sondergerichtsstrafen betroffenen Kameraden in jeder Weise ihr Los zu erleichtern. Von den Mitgliedern des Reichsbanners, der Eisernen Front und der Arbeiterwohlfahrt ist ein Komitee gebildet worden, das sich die dauernde Fürsorge für die Verurteilten und deren Angehörige zur Aufgabe gemacht hat. Für die Angehörigen der verurteilten Mitglieder des Reichsbanners und der Eisernen Front ist bereits vom Tage der Inhaftierung an gesorgt worden. Den schwer betroffenen Frauen der Kameraden Blech und Strulik wurde ein 14tägiger Aufenthalt im Mutterheim in Niederhermsdorf bei Waldenburg ermöglicht. Die Kinder der Kameraden Strulik, Durniock, Vanin und Pfirschke konnten für vier Wochen im Erholungsheim der Arbeiterwohlfahrt in Striegau untergebracht werden. Von kommunistischer Seite ist in den letzten Tagen der Anschein erweckt worden, als ob von dort aus eine grosse Hilfsaktion für die Kinder der Verurteilten von Ohlau in Szene gesetzt worden sei. In Wirklichkeit ist unter diesen Kindern nur eins aus Ohlau, nämlich die Tochter des kommunistischen Ehepaares Kose.

-----

SPD. Am 14., 15. und 16. Oktober will die SS der Gruppe Ost in Mecklenburg Schwerin ein Manöver veranstalten, das nach Meinung der Nazis in einer Grosszügigkeit glänzen wird wie es nur im Vorkriegsdeutschland möglich war. Die Nazis wollen die Formationen ihrer S.S. und S.A. in einer Stärke von etwa 8000 Mann auftreten lassen. Die Übung soll nach modernsten Grundsätzen veranstaltet werden. Alle Verbände seien motorisiert. Das Manöver finde im Räume Brühl-Wittenburg mit Marschrichtung auf Schwerin statt. Es endet am Sonntag, dem 16. Oktober, mit dem Einmarsch der Formationen in Schwerin, wo vor dem "grossen Adolf" eine Parade stattfinden soll. Natürlich werden weitere oberste und obere Herren der S.S. und S.A. zugegen sein. Von den obersten Herrschern der Hitlerschen Privatarmee sind genannt: Herr Stabschef Röhm und der Reichsführer der Schutzstaffel Himmler. Fast 300 Musiker der SS-Kapellen der Gruppe Ost sollen unter Leitung eines ehemaligen kaiserlichen Obermusikmeisters am Sonnabend, dem 15. Oktober, Schwerin mit Konzert beehren.

Mecklenburg-Schwerin hat bekanntlich eine Naziregierung. Die Landespolizei hat selbstverständlich auch inzwischen einen Nazi als Leiter erhalten. Diese beiden Tatsachen dürften nicht unwesentliche Voraussetzungen für die Wahl von Mecklenburg-Schwerin zum Manövergelände der S.S. gewesen sein. Warum sollen überhaupt diese Kriegsstübungen veranstaltet werden? Der Grund ist wohl, dass die Nazis zu ihrer Existenz einfach solchen Klamauk benötigen. Die Mecklenburg-Schwerinsche Naziregierung hat das Gros der SS und SA enttäuscht. Sie hat nicht die tatkräftige Faust, die immer vor der Wahl von den Nazis als ein wichtiges Regierungsprinzip des Dritten Reiches angekündigt wurde. Wirtschaftlich ist nichts besser geworden. Und dafür, dass an den Sitzungstagen vom Landtagsgebäude die Hakenkreuzfahne weht und die staatlichen Gebäude nicht mehr in den Reichsfarben beflaggt werden, kann sich auch ein Nazi nichts kaufen. In Stadt und Land mehren sich daher die Stimmen gegen das Grossmaul Nazi.

Die Naziarmee ist rebellisch geworden und muss daher in irgendeiner Weise beschäftigt werden. Daher das Theater eines Bürgerkriegsmanövers von Hitlers Privatarmee. Vielleicht macht man mit der Manövervorbereitung den Nazis der Gruppe Ost noch andere Andeutungen, die dem Streben vieler SA- und SS-Leute entsprechen. Im Gebiete der Gruppe Ost der SS. entfalten übrigens die Stennesleute eine grosse Aktivität. Sie locken durch ihre "revolutionäre Taktik" nicht unbeträchtliche Scharen von Hitler-Anhängern an.

-----  
SPD. Warschau, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Angestellten und Arbeiter der Warschauer städtischen Gasanstalt sind am Mittwoch-Früh in den Streik getreten. Der Magistrat hatte versucht, die Gehälter und Löhne um rund 30 Prozent zu senken. Die Gasanstalt wurde sofort nach der Proklamierung des Streiks von technischen Militärabteilungen besetzt, sodass ihr Betrieb nicht unterbrochen wurde. Die Verhandlungen zwischen Magistrat und Arbeitern sind bisher ergebnislos verlaufen.

-----  
SPD. Warschau, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Begründung des Urteils in dem berüchtigten Prozess gegen die ehemaligen Häftlinge von Brest-Litowsk ist erst jetzt, zehn Monate nach der Urteilsverkündung fertiggestellt worden und wird den interessierten Seiten in den nächsten Tagen überreicht werden. Die Begründung umfasst einige hundert Schreibmaschinenseiten. Die Angeklagten, zu denen die bekanntesten Führer der demokratischen Oppositionsparteien gehörten, sind damals mit Ausnahme eines einzigen zu Gefängnisstrafen von einigen Monaten bis zu mehreren Jahren verurteilt worden. Die Verteidigung wird sofort nach der Bekanntgabe der Urteilsbegründung an die zweite Instanz appellieren. Die Berufungsverhandlung dürfte voraussichtlich im Februar oder März des kommenden Jahres beginnen.

SPD. Braunschweig, 5. Okt. (Eig. Dr.)

Der Fackelzug des Braunschweiger Stahlhelm zu Ehren des Reichspräsidenten von Hindenburg am letzten Montag ist von der SA überfallen worden. Berittene Polizei musste mit blankem Säbel gegen die SA vorgehen. Die SA gab auf die Polizei und auf den Stahlhelm mehrere Schüsse ab. Der Landesverbandsführer des Stahlhelm gibt jetzt zu den Vorfällen folgende Erklärung ab:

"14 Jahre lang hat der Stahlhelm zäh und unbeirrt nationalistische Aufklärungsarbeit geleistet, die Jugend zum Soldatentum erzogen. Er war auch lange ein Schützer der damals verbündeten SA des Nationalsozialismus. Am Montag-Abend haben wir die Quittung empfangen. Als der Stahlhelm, Gau Braunschweig Stadt, am 3. Oktober anlässlich des 85. Geburtstages des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einen Fackelzug veranstaltete, wurde dieser Zug an mehreren Stellen von der SA überfallen, wobei diese Truppe, die sich nationalistisch nennt, nicht davor zurückschreckte, auf Stahlhelmer und Polizei zu schießen. Nur der unerschütterlichen Disziplin der Stahlhelmkameraden, welche unbeirrt weitermarschierten, und dem opfermutigen Vorgehen der Polizei ist es zu danken, dass es nicht zu Todesfällen und Verwundungen gekommen ist. Wir fordern die nationalen Männer im Lande Braunschweig nunmehr auf, sich einmütig zum Stahlhelm zu bekennen und in seinen Reihen mitzumarschieren. Jene Reihen, in denen das Hassgeschäft der Marxisten fortgesetzt wird, können einem nationalen Mann nicht Heimat sein."

Am 11. Oktober 1931, genau vor einem Jahr geschah in Harzburg die Verbrüderung des Stahlhelms und der SA. Ein Jahr später auf dem gleichen braunschweigischen Boden schiessen sich die damaligen Bundesgenossen gegenseitig über den Haufen.

-----

SPD. Liegnitz, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem grossen Landfriedensbruchprozess vor dem Liegnitzer Sondergericht wegen des Sturmes auf das Bunzlauer Volkshaus wurde am Mittwoch, dem dritten Verhandlungstage, die Beweisaufnahme fortgesetzt. Polizeimeister Mrosek sagte aus, dass die SA-Leute zum zweiten Male das Volkshaus stürmen wollten, worauf er sie mit Schreckschüssen zurückgetrieben habe. Die SA-Leute widersprachen der Durchsuchung nach Waffen und stiessen Drohungen aus wie: "Wir stürmen das Volkshaus!" und "Warum durchsucht Ihr die Bande nicht, die auf uns geschossen hat?" Eine Durchsuchung der SA und ihrer Wagen nach Waffen war unmöglich, da ein SA-Führer erklärte, er habe seine Leute selbst nicht mehr in der Hand. Inzwischen hätten die Nazis Waffen in den Mühlgraben geworfen. Von der Strasse aus wurden von den SA-Leuten Fenster eingeworfen. Eine Durchsuchung des Volkshauses habe der erste Bürgermeister und der Landrat nicht für nötig gehalten. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Standerführer Jenke-Görlitz wurde mit seinem SA-Transport auf dem Markte angehalten, fuhr aber weiter, um der SA am Volkshaus zu Hilfe zu eilen. Er habe einer Durchsuchung seiner Leute nach Waffen widersprochen. Polizeihauptwachtmeister Seifert will zwei Schüsse aus dem Volkshaus gehört haben, weiss aber nicht, ob es Schreckschüsse waren. Polizeihauptwachtmeister Hussel sah, dass aus dem Volkshaus Blumentöpfe und Flaschen geworfen wurden.

Als der Zeuge Schmoldt aufgerufen wurde, der angeben sollte, wer den Reichsbannermann Schreiber erschossen hat, erklärt der Angeklagte von Mantelstein, es handele sich nicht um Schmoldt sondern um den Malermeister Rögnier, worauf dieser geladen wird. Der erste Bürgermeister erklärt, warum eine Durchsuchung des Volkshauses nicht vorgenommen wurde.

Die Verhandlungen werden noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Das Urteil ist kaum vor Sonnabend zu erwarten.

SPD. Darmstadt, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Die hessischen Polizeibeamten dürften künftig sowohl Mitglied der NSDAP werden als auch deren Parteiversammlungen besuchen, wenn es nach einem von einer Nazi-Zentrums-Mehrheit im hessischen Landtag angenommenen Antrag ginge. Das Zentrum stellte sich auf den Standpunkt, dass die Hitler-Partei jetzt gewissermaßen legalisiert sei durch den Empfang Hitlers bei Hindenburg und durch ihre neuerdings bekundete "Anerkennung und Bejahung der Demokratie". Die hessische Regierung wird jedoch, wie sie in einer Erklärung des Innenministers bekanntgab, an dem Verbot festhalten, da für sie kein Anlass bestehe, ihren bisherigen Standpunkt zu revidieren. Sie werde sich vielmehr an die bestehenden Entscheidungen des Reichsgerichts und des höchsten preussischen Disziplinarhofes für nichtrichterliche Beamte halten. Zudem sei gerichtlich erwiesen, dass die hessische NSDAP einen geheimen Nachrichtendienst aufgezogen und Polizeibeamte zur Beschaffung vertraulichen Materials, also zur Verletzung ihrer Dienstpflicht verleitet habe.

Angenommen wurde vom Landtag weiter ein Zentrumsantrag, der den Polizeibeamten die Zugehörigkeit zu politischen Kampforganisationen, wie z.B. SA und SS, Eiserner Front, Rot Frontkämpfer-Bund und der katholischen Kreuzschar verbietet. Es ergab sich daraus der eigenartige Zustand, dass z.B. Polizeibeamte wohl Mitglied der SPD sein können, nicht aber der Eisernen Front. Abgelehnt wurde gegen die Antragsteller ein Naziantrag, auch den Schulkindern den Besuch von Naziversammlungen und die Mitgliedschaft bei der Hitlerjugend zu gestatten.

-----  
SPD. Paris, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Der Skandal in der französischen Luftschifffahrt scheint schneller als man glaubte seiner Aufklärung entgegenzugehen, und zwar in einem für den Kläger Bouillou-Lafont ungünstigen Sinne. Die ganze Affäre scheint nur ein Racheakt des Direktors der Aero Postale gegen den Direktor der Handelsluftschifffahrt im Luftministerium Chaumié zu sein, der sich allen Anträgen der Aero Postale auf Gewährung staatlicher Mittel zur Sanierung der Gesellschaft widersetzt hat.

Am Mittwoch vormittag ist zunächst der Journalist Collin, der Bouilloux-Lafont einige der gefälschten Dokumente verschafft hatte, verhaftet und verhört worden, obgleich er an einer schweren Lungenkrankheit leidet. Eine Durchsuchung seiner Wohnung blieb erfolglos, da Collin, wie er selbst zugab, alle verdächtigen Dokumente vorher verbrannt hatte. Nacheinem erneuten Verhör des Direktors der Aero Postale wurde eine zweite Person festgenommen, die ihm gleichfalls einige Dokumente übergeben hat. Es handelt sich um den Bruder des kürzlich verstorbenen Senators de Lubersac. Bei seiner Vernehmung, die in Gegenwart Bouilloux-Lafonts stattfand, gab er zu, die fraglichen Dokumente beschafft zu haben.

-----  
SPD. Paris, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)  
In Allonne bei Beauvais fand am Mittwoch nachmittag in Anwesenheit des englischen Botschafters Lord Tyrrell und des französischen Unterstaatssekretärs Bernier die Grundsteinlegung eines Denkmals statt, das von der französischen und der englischen Regierung zu Ehren der Opfer der Katastrophe des englischen Luftschiffs R.101 errichtet wird. Tyrrell hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er u.a. erklärte, dass die Hilfe, die die französische Bevölkerung den verunglückten Luftschiffern vor zwei Jahren gebracht hat, ein Beweis für die brüderliche Freundschaft zwischen Frankreich und England sei.

SPD. Die Unterredung zwischen dem Reichsinnenminister und dem Reichs-  
rundfunkkommissar Scholz hat das Ergebnis gehabt, dass der Reichskommissar  
von dem Minister ersucht wurde, die Umstellung des Rundfunkwesens, soweit sie  
zur Zuständigkeit des Kommissars des Reichsinnenministers gehört, beschleunigt  
weiterzuführen, um den bisher unvermeidlichen Zwischenzustand mit seinen  
Begleiterscheinungen abzukürzen.

-----

SPD. Paris, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" schreibt zu dem englischen Vorschlag betreffend die Einberufung einer Fünfmächte-Konferenz und zu der Haltung Frankreichs:

"Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir behaupten, dass noch kein prinzipieller Beschluss über die Konferenz gefasst ist. Aus dem Communiqué des Foreign Office geht übrigens hervor, dass es sich für den Augenblick nur um diplomatische Sondierungen der englischen Regierung bei der französischen, deutschen und italienischen Regierung handelt. England will mit dieser Initiative augenscheinlich jenem Teil seiner öffentlichen Meinung Genugtuung geben, der verlangt, dass alles ins Werk gesetzt wird, um Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückzuführen. Es fragt sich nur, ob lange Verhandlungen zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland, denen sich ein Vertreter Amerikas als Beobachter anschliessen soll, praktisch die Mächte aus der diplomatischen Sackgasse herausbringen können, in die sie durch die Schuld des Reichskabinetts hineingetrieben worden sind. Endgültig kann das Problem nur durch Kollektivverhandlungen zwischen allen interessierten Staaten gelöst werden. Gemäss Artikel 164 des Versailler Vertrages gehört es zur Kompetenz des Völkerbundsrates. Ein Meinungs-austausch zwischen den wichtigsten Mächten dürfte sich also nur auf Prozedurfragen beziehen. Das eigentliche Problem muss einer späteren Verhandlung vorbehalten werden. Die englische Anregung, der zweifellos die besten Absichten zugrundeliegen, muss genau geprüft werden ehe man ihr zustimmen kann; denn es muss jeder Zweideutigkeit vorgebeugt und es müssen Garantien gegen alle unangenehmen Ueberraschungen gegeben werden."

-----

SPD. Paris, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nach einer Meldung des "Paris Midi" aus Warschau hat eine französische Bankengruppe beschlossen, der polnischen Staatsbank einen Kredit von 50 Millionen Franken zu gewähren, der angeblich für die Bedürfnisse der polnischen Landwirtschaft bestimmt ist.

-----

SPD. Stuttgart, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Vom Polizeipräsidium Stuttgart wird mitgeteilt: "In Vollzug eines vom Reichsgericht gegen den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Buchmann erlassenen Haftbefehls wurde am Mittwoch-Früh in Waldheim-Sillenbuch eine Durchsuchung vorgenommen. Hierbei wurde ein kommunistischer Funktionärkurs ausgehoben, bei dessen Teilnehmern hochverräterisches Material gefunden wurde. Etwa 40 Personen wurden vorläufig festgenommen."

Danach scheint der Abgeordnete Buchmann, den man suchte, nicht unter den Verhafteten zu sein.

-----

SPD. Paris, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie der Pariser Korrespondent des "Soz. Pressedienst" zuverlässig erfährt, ist die vor kurzem übermittelte Meldung der "Humanité", dass das französisch-polnische Militärabkommen um weitere zehn Jahre verlängert worden ist, zutreffend. Der Antrag zu der Verlängerung ging von Polen aus. Die französische Regierung hatte anfangs wenig Neigung, dem polnischen Wunsche zu entsprechen. Aber dem Generalstab, dem natürlich an dem Bündnis mit Polen sehr gelegen ist, gelang es, unter Hinweis auf die drohende Haltung Deutschlands die Bedenken der Regierung zu zerstreuen und die Verlängerung des Abkommens durchzudrücken. Da es sich nicht um einen Vertrag zwischen den beiden Regierungen, sondern nur um ein Abkommen zwischen den Generalstäben handelt, das nicht der Ratifizierung des Parlaments unterliegt, dürfte diese Verlängerung der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten.

SPD. Breslau, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der frühere seit Juli dieses Jahres in Haft befindliche Verwaltungsdirektor des Breslauer Stadttheaters Gottfried Dietz wurde am Mittwoch von der achten Strafkammer in Breslau wegen Unterschlagung in zwei Fällen und wegen Untreue in einem Falle zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Dietz hatte durch betrügerische Machenschaften das Breslauer Stadttheater um mehrere tausend Mark geschädigt. Die Betrügereien des Verurteilten, dessen Gehalt vor den Kürzungen durch die Notverordnungen über 700 Mark betrug, reichen bis in die Jahre 1931 und 1930 zurück. Bei der Verhandlung, die am Mittwoch gegen ihn stattfand, handelt es sich um ein Teilverfahren. Der Verurteilte wird sich demnächst noch wegen Kohlenschiefungen, durch die das Stadttheater ebenfalls um mehrere tausend Mark geschädigt wurde, zu verantworten haben. Dietz wird von medizinischen Sachverständigen als Psychopath bezeichnet.

SPD. London, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Präsident de Valera hatte am Mittwoch-Vormittag eine Konferenz im Ministerium für die Dominions, an der auf englischer Seite Thomas, Simon, Chamberlain und Lord Hailsham teilnahmen. Im Verlauf der Konferenz wurde eine Einigung erzielt, dass am 14. Oktober Verhandlungen zwischen England und Irland beginnen sollen über die künftige Behandlung der Landannuitäten und anderer von Irland zurückgehaltener Zahlungen an England. Während der Dauer dieser Verhandlungen werden die fraglichen Summen weiter auf Sperrkonto in Dublin eingezahlt und der Zollkrieg zwischen beiden Ländern geht weiter.

SPD. London, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Aufnahme, die die englische Abregung zu einer Londoner Konferenz über die Abrüstungsfrage in Paris und Berlin gefunden hat, ist für das Auswärtige Amt nicht sehr ermutigend. Aber man kann sich, obwohl derartige Verlautbarungen in die Presse drängen, kaum denken, dass England seine Bemühungen um das Zustandekommen der Konferenz schon aufgeben sollte. Eine Ablehnung ist weder von Deutschland noch von Frankreich erteilt worden und im englischen Auswärtigen Amt ist man der Ansicht, dass man wenigstens die Rückkehr Neuraths nach Berlin abwarten müsse. Auch ist die innenpolitische Lage der englischen Regierung und besonders MacDonaldis Stellung zu bedenken, die einen so raschen Verzicht nach der Ankündigung am Dienstag unwahrscheinlich macht.

Uebrigens ist in England meistens von einer Viermächtekonferenz die Rede,

da das Auswärtige Amt Amerika nicht als beteiligte Macht nennt. Aber es ist kaum zu bezweifeln, dass Amerika sich, wenn überhaupt eine Konferenz mit Aussicht auf Erfolg zustandekommt, beteiligen wird. Amerika würde dabei seinen Vertreter allerdings, wie das schon in früheren Fällen geschehen ist, als Beobachter bezeichnen.

-----

SPD. Schwerin, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die SS-Manöver, die die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei in Mecklenburg-Schwerin Mitte Oktober zu veranstalten beabsichtigte, sind am Mittwoch zur allgemeinen Ueberraschung von Adolf Hitler selbst abgeblasen worden. Es sollten zu diesen Manövern 8 000 SS-Leute aus dem ganzen Reich zusammengezogen werden.

-----

SPD. Remscheid, 5. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Alexanderwerk in Remscheid hatte am 23. September der 700 Mann starken Belegschaft durch Anschlag bekanntgemacht, dass ab Montag, den 26. September laut Notverordnung ein Lohnabzug für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde in Höhe von 50 Prozent in Kraft treten solle. Die Belegschaft hat an jenem Tage den Betrieb zwar betreten, aber die Arbeit nicht aufgenommen, was von der Direktion mit fristloser Entlassung der ganzen Belegschaft beantwortet wurde.

Die Direktion hatte beim Arbeitsgericht in Remscheid Feststellungsklage angestrengt und beantragt, den Anschlag als rechtsgültig anzuerkennen, ebenso die fristlose Entlassung als rechtsgültig zu bestätigen und ferner den Betriebsrat zur Schadensersatzleistung zu verurteilen. Mit ungeheurer Spannung wurde von allen Seitender Arbeitsgerichtsverhandlung in Remscheid, die am Mittwoch stattgefunden hat, entgegengesehen, die von den massgebenden Organen des Unternehmertums als grundsätzlich im Voraus bezeichnet worden war. Die Klage der Direktion wurde in allen drei Punkten vom Arbeitsgericht kostenpflichtig abgewiesen.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Die Welt

## Todesantrag und - Haftentlassung!

Der groteske Ausgang der Berliner Sondergerichtsverhandlung.

SPD. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wagner beantragte im Sondergerichts-Totschlagsprozess Calm und Genossen gegen den Hauptangeklagten Calm wegen Rädelführerschaft beim Landfriedensbruch 10 Jahre Zuchthaus; gegen die Angeklagten Chall und Tobehn wegen schweren Landfriedensbruchs je 5 Jahre Zuchthaus; gegen Zweig und Sterdt wegen einfachen Landfriedensbruchs je 2 Jahre Zuchthaus; Heine, Kolosche, Baier und Krüger sollten freigesprochen werden.

Anschliessend beantragte der Vertreter der Nebenkläger, Nazianwalt Uhrland, gegen die Angeklagten Chall und Heine wegen politischen Totschlags die Todesstrafe; gegen Calm 15 Jahre Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten 10 Jahre Zuchthaus.

Daraufhin erklärte der Vorsitzende: "Die Angeklagten werden aus der Haft entlassen, da dringender Tatverdacht nicht mehr vorliegt."

+

Es dürfte in der deutschen Rechtsgeschichte kaum jemals ein Prozess geführt worden sein, dessen Anklage so schlecht vorbereitet worden war wie diese. Es dürfte aber auch niemals eine Verhandlung durchgeführt worden sein, die so grotesk endete, wie die hier: der Vertreter der Nebenkläger verlangt, dass zwei Köpfe rollen und sich hinter sieben Angeklagten die Zuchthaus Türen auf lange Jahre schliessen - und das Gericht entlässt die Angeklagten aus der Haft. Das Gericht hat durch seinen Beschluss zu erkennen gegeben, dass es dem Antrag des Nazi-Anwaltes keinesfalls stattgeben will. Es hat aber auch weiterhin erkennen lassen, dass es die Prestigepolitik des Staatsanwaltes, dessen Plädoyer offenbar eine Rettung der Methode Sondergericht darstellen sollte, nicht mitmachen will.

+

Die Sache hätte auch anders enden können - mit Zuchthausurteilen wie im Falle Schmidtke, wie im Falle Rothe; auch diese Angeklagten hatten sich, wie erinnerlich ist, vor der Berliner Sonderkammer des Herrn Landgerichtsrat Tolk zu verantworten. Dass nun der Röntgenstrassen-Prozess allem Anschein nach einen ganz andern Ausgang nimmt (mit Gefängnisstrafen wegen Raufhandels muss man immer noch rechnen!), liegt nicht nur daran, dass die polizeiliche Ermittlung mit unerhörter Einseitigkeit angestellt, die Anklage mit ziemlicher Leichtfertigkeit erhoben war. Der voraussichtliche günstige Ausgang des Prozesses ist vor allem auch damit zu erklären, dass die Richter mittlerweile ihre Ansicht über die "Friedfertigkeit" der SA. unter dem Zwang der Zeugenaussagen ändern mussten.

+

Während der Röntgenstrassen-Verhandlung wurde einmal von der Verteidigung der bekannte Aufsatz des Berliner Staatsanwalts Freiherr von Steiner zitiert, in dem dieser unterschiedliche Behandlung von kommunistischen und nationalsozialistischen Angeklagten fordert. Es war weiterhin die Rede von Ausführungen des Berliner Staatsanwalts Mittelbach, der den gleichen politischen Standpunkt vertritt, weil die Nationalsozialisten staatsbejahend und die Kommunisten staatsverneinend wären. Das Röntgenstrassen-Gericht hat

sich nun ein besonderes Bild von dieser Art "Staatsbejahung" der Nazis machen können: die SA bejaht den Staat durch Mord und Totschlag, Lüge und Verdrehung. Gewiss hat im Falle Röntgenstrasse der Staatsanwalt den Verzweifelungsversuch gemacht, die Vorgänge am Abend des 29. August so zu rekonstruieren, dass die Schuld der Angeklagten offenbar wird. Wie die Dinge lagen und wie ferner die Gutachten des Schiesssachverständigen klangen, blieb ihm aber doch nichts anderes übrig, als sich im wesentlichen auf die Aussagen der Nazizeugen zu verlassen.

Das Gericht hat nun zu erkennen gegeben, dass es von diesen Edelmännern der Nation nicht allzu viel zu halten scheint. Das Gericht hat seine Meinung geändert. Dieser in jeder Beziehung groteske Verlauf des Röntgenstrassen-Prozesses sollte daher Veranlassung geben, auch die früheren - zum Teil also unter anderen psychologischen Voraussetzungen zustande gekommenen - SondergerichtsUrteile einer Nachprüfung zu unterziehen. Der "Methode Sondergericht" aber sollte nunmehr endgültig das Todesurteil gesprochen sein. Es ist eine Methode des Un-Rechts.

Ego.

+ + +

Mord und Selbstmord. In Leipzig erschoss ein 66 Jahre alter Baumeister seine bei ihm einlogierte 35 Jahre alte Tochter. Dann tötete der Baumeister sich selbst. Familienzwist dürfte die Bluttat ausgelöst haben.

+ + +

Hundert Häuser verbrannt. In Reidova (Tschechoslowakei) wurden durch Grossfeuer über hundert Häuser, ausserdem beträchtliche Erntevorräte vernichtet.

+ + +

Knacker mit Musik. In der Nacht zum Mittwoch drangen in Berlin Einbrecher in die Geschäftsräume des Musikerverbandes ein. Die Verbrecher versuchten mit einem Sauerstoffgebläse den Geldschrank des Verbandes aufzuknabern. Ein Wächter, der den Vorgang beobachtete, alarmierte das Ueberfallkommando, dessen Ankunft jedoch von einem vor dem Hause postierten Schmierestähler rechtzeitig angekündigt wurde. Unter Zurücklassung ihrer Werkzeuge flüchteten die Banditen auf das Dach des Hauses und versuchten zu entfliehen. Die Beamten nahmen sofort die Verfolgung auf, leuchteten mit Scheinwerfern die Dächer des Häuserblocks ab und sperrten mehrere Strassenzüge. Die Absper rung wurde den Banditen zum Verhängnis: als zwei von ihnen von einem Hause der Grenadierstrasse aus auf die Strasse zu gelangen suchten, liefen sie mehreren Polizeibeamten direkt in die Arme. Es kam zu einem schweren Kampf. Mit Brechstangen schlugen die Banditen auf die Polizisten ein. Schliesslich gelang es aber doch, die Täter zu überwältigen und auf das Polizeipräsidium zu transportieren. Sie heissen Gerlach und Franke und sind beide vorbestraft; ihre Komplizen, die entkamen, behaupten sie nicht zu kennen.

+ + +

Autobuskatastrophe. In der Nähe von Dieradz (Polen) geriet ein Autobus ins Schleudern und stürzte 15 Meter tief in das Flussbett der Rzeglina. Vier Personen wurden tödlich, sechs lebensgefährlich verletzt.

+ + +

Sportflieger abgestürzt. Der Mannheimer Sportflieger Gaus ist über dem Flughafen Mannheim aus 800 Meter Höhe abgestürzt. Gaus hatte einen Looping versucht, der jedoch misslang. In 50 Meter Höhe versuchte der Pilot noch durch Fallschirm abzuspringen, schlug jedoch zu hart auf die Erde auf und erlitt schwere Verletzungen. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein.

+ + +

Urteil gegen Polizei=Verleumder. Der vor dem Schöffengericht Berlin=Mitte geführte Beleidigungsprozess des Berliner Polizeivizepräsidenten Weiss gegen die Berliner Naziredakteure Krause und Lippert endete mit der Verurteilung der Angeklagten. Naziredakteur Krause wurde wegen übler Nachrede und Beleidigung zu 5 Monaten Gefängnis, Redakteur Lippert zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Dr. Weiss und Nebenkläger Polizeipräsident Grzesinski erhielten ausserdem fünffache Publikationsbefugnis (i. a. im "Angriff") zugesprochen.

Der Staatsanwalt, dessen Darlegungen das Gericht in seiner Urteilsbegründung im wesentlichen folgte, hatte gegen Krause die verhängte Strafe, gegen Dr. Lippert eine Geldbusse von 1500 Mark gefordert. Oberstaatsanwalt Burchardi hatte ausgeführt, dass der Inhalt der dem Prozess zugrunde liegenden beleidigenden Zeitungsartikel in keiner Weise gerechtfertigt sei: Dr. Weiss habe in allen dienstlichen Angelegenheiten korrekt gehandelt; insbesondere sei es falsch, ihm bewusst verschiedenartige Behandlung einzelner Spielklubs vorzuwerfen; vollkommen unbewiesen und ungerechtfertigt sei auch der gegen Dr. Weiss erhobene Vorwurf der Korruption. Auch kein anderer Beamter des Polizeipräsidiiums habe sich im Zusammenhang mit der Spielklubaffäre irgendeine strafbare Verletzung seiner Amtspflichten zu schulden kommen lassen.

Dr. Weiss führte in seinem leidenschaftlich vorgebrachten Schlusswort aus, dass er 52 Jahre lang ein guten Namen getragen habe, bis "diese beiden Jünglinge" ihn ihm "durch den Kot gezerrt" hätten: "Ich bitte mir zu glauben, dass ich mich von jeder persönlichen Rachsucht gegenüber diesen Herren frei fühle. Warum ich Strafantrag gestellt habe, das war einzig und allein: ich wollte in voller Gerichtsöffentlichkeit diese Vorwürfe geklärt haben, die von jenen beiden Herren in ihrer Zeitung vorgebracht worden sind. Und ich wollte durch den Spruch unbefangener deutscher Richter das Gut wider haben, das diese beiden Herren mir genommen haben: meine Ehre!"

+ + +

Devisenschieber. Vom Schnellschöffengericht Berlin=Mitte wurde der Bankprokurist Hans Richau wegen Devisenvergehens zu einem Jahr Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe, der Revisor Helmuth Bachmann wegen Beihilfe hierzu mit drei Monaten Gefängnis und 1200 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Hauptangeklagte Becker ist kurz vor dem Termin, trotz einer Sicherstellung von 30 000 Mark, über die Grenze entflohen. Die Angeklagten, denen u. a. zur Last gelegt wurde, gemeinsam mit Becker für eine halbe Million Mark Effekten aus Holland nach Deutschland geschafft und hier an Ausländer weiterverkauft zu haben, wurden u. a. von Rechtsanwalt Professor Alberg verteidigt.

+ + +

SA. wirbt für die Wahl. 25 Mitglieder des Berliner SA=Sturms 14 drängen mit Nachschlüsseln in eine Charlottenburger Wohnung ein und schlugen hier den 18jährigen Sohn Hans Heinz des verstorbenen Generalmajors von Bellmond mit Bierflaschen nieder. Leute, die dem Opfer der Nazis zu Hilfe kommen wollten, wurden mit Revolvern bedroht. Der junge von Bellmond erlitt erhebliche Verletzungen.

Allem Anschein nach liegt ein Racheakt vor. Hans Heinz von Bellmond gehörte drei Monate lang dem "SA 14" an. In dieser Zeit lernte er seine Kameraden zur Genüge kennen. Von dem Augenblick an, als er sich gegen die Terrormethoden der Nationalsozialisten gewandt und als der Bewegung unwürdig erklärt hatte, richtete sich der ganze Hass der Horde gegen ihn. Vor wenigen Tagen trat er aus der SA. aus. Deshalb schlug man ihn nieder, deshalb misshandelte man ihn. Er ist noch immer nicht vernehmungsfähig.

-----

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Die Zügel schleifen.

Zur Schlichterkonferenz.

SPD. Am Mittwoch fand im Reichsarbeitsministerium die Haupttagung der Schlichterkonferenz statt, die der Reichsarbeitsminister zur Beratung über die Auswirkungen der Lohnnotverordnung einberufen hatte. Die Schlichter berichteten, wie von massgebender Stelle mitgeteilt wird, dem Minister über ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Die allgemeine Meinung, so wird in der offiziellen Verlautbarung betont, sei, dass die stellenweise sich ergebenden Schwierigkeiten, die übrigens von der Öffentlichkeit übertrieben würden, keinen Anlass böten, an der Verordnung oder an den Weisungen, die bisher den Schlichtern erteilt worden seien, etwas zu ändern. Da jetzt auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsprämie wirksam geworden sei, werde von den Schlichtern mit zahlreichen Neueinstellungen von Arbeitern für die nächste Zeit gerechnet.

So vertrauensselig, wie die Schlichterkonferenz der Öffentlichkeit vom Reichsarbeitsministerium geschildert wird, ist die Öffentlichkeit nicht. Ja, die Öffentlichkeit glaubt nicht einmal, dass die Schlichterkonferenz wirklich so vertrauensselig war, wie sie in der amtlichen Verlautbarung erscheint. Zahlreiche Neueinstellungen werden erwartet? In einem Augenblick, wo irrsinnige Wirtschaftspolitik drauf und dran ist, den Rest des deutschen Exportes völlig zu vernichten, wo das Ausland mit schärfsten Repressalien auf die deutsche Kontingentpolitik antwortet? Die Gewerkschaften brauchen der Regierung ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm wirklich nicht totzuschlagen. Sie schlägt es mit ihrer Wirtschaftspolitik und mit ihrer Lohnnotverordnung selber tot.

Die Schlichterkonferenz hatte dem Reichsarbeitsministerium eine Gelegenheit sein müssen, mit den Gewerkschaften wieder in Fühlung zu kommen. Statt dessen wird erklärt, es bestehe kein Anlass, an der Verordnung etwas zu ändern. Neues Misstrauen wird gesät und das Zwielflicht bleibt, indem, wie die demokratische Presse betont, alle sozialpolitischen Absichten und alle sozialpolitischen Einzelanordnungen der Regierung - keineswegs ohne ihre eigene Schuld - stehen. Dieses Zwielflicht gestattet den Scharfmachern, die Öffentlichkeit immer von neuem mit wilden Hetzereien gegen die Arbeiter zu alarmieren. Ihre Presse rief schon vor dem Zusammentritt der Schlichterkonferenz nach einem Streikverbot und nach einer Attacke gegen die Gewerkschaften, jetzt schreit sie von neuem nach Gewaltmassnahmen der Regierung gegen die Arbeiterbewegung. Der Widerstand der Arbeiter gegen Vergewaltigungsversuche in der Lohnregelung hat die Scharfmacher wütend gemacht. "Der Feind steht links!" so heult die deutschnational-nationalsozialistische "Berliner Börsenzeitung". Sie kreischt, die Linke werde immer kühner und unverschämter. Umso mehr sei es Aufgabe nicht nur der Regierung, sondern auch der nationalen Bewegung, diesem gefährlichen Uebermut baldmöglichst einen kräftigen Dämpfer aufzusetzen. Die sich selbst zerfleischende nationale Rechte vergesse, dass der gemeinsame Feind auf der Linken noch keineswegs tot, sondern im Gegenteil wieder äusserst aktiv ist. Auch der von der Re-

gierung gegenwärtig so stark betonte Wille zur Ueberparteilichkeit dürfe nicht dazu führen, dass der Marxismus nun etwa mit gleichem Mass gemessen wird, wie die Teile der nationalen Bewegung, die zur Regierung in Opposition stehen. Der Marxismus könne nicht geschont, er müsse vernichtet werden, und an dieser Notwendigkeit habe die Ueberparteilichkeit einer nationalen Regierung aufzuhören.

Diese Vernichtung des Marxismus soll in erster Linie durch die Zertrümmerung der Exiszenzbasis der Gewerkschaften herbeigeführt werden. Darüber hat der Führer der sächsischen Industriellen, Herr Wittke, wie die neue "Holzarbeiterzeitung" mitteilt, im Zusammenhang mit einer Besprechung der Lohnabbauverordnung der Reichsregierung allerhand ausgeplaudert. Herr Wittke schreibt (in Nr.38/1932 der "Sächsischen Industrie"):

"Es bleibt noch zu erwägen, ob die Regierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften untersagt, von Arbeitern und Angestellten, die mit Arbeitszeitverkürzung, also mit gesenkten Löhnen, arbeiten, die Mitgliederbeiträge zu erheben. Ob die Gewerkschaften Schaden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig."

Man fordert also, dass den Gewerkschaften gesetzlich verboten wird, Mitgliederbeiträge zu erheben, damit die Löhne noch mehr gesenkt werden können. Das sind keineswegs Hirngespinnste ganz wild gewordener Scharfmacher. Ein Monatsgehalt von 90 Mark nach 10 Jahren Berufstätigkeit für einen Angestellten - das ist so ungefähr die Basis, auf der die Unternehmer, die nicht gleich den Tarifvertrag zum elten Eisen werfen, künftig Tarifverträge abschliessen wollen.

Der Aberwitz der Scharfmacher ist schon so toll geworden, dass durchaus ernste Leute der Meinung sind, das Reichsarbeitsministerium müsse zwangsläufig schon deswegen wieder zur Verbindlichkeitserklärung kommen, weil das Pendel so weit nach rechts geflogen sei, dass selbst ein Arbeitsministerium eines Kabinetts der Barone sich eines Tages noch auf die Seite der Arbeiter stellen müsse, wenn es nicht ein Verbrechen an Deutschland begehen wolle. Das wird nun allerdings nicht gut möglich sein, Das Kabinett wird eben scheitern, weil es nicht die Kraft hatte, rechtzeitig gegen seine Auftraggeber aufzutreten, wo die Vernunft das gebot.

---

SPD. Der Hamburger Verkehrsstreik ist zu Ende. Die Lohnkommission hat, nachdem vom Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ausgesprochen worden war, einmütig die Beendigung des Streiks beschlossen. Die Arbeitsaufnahme ist am Mittwoch allgemein erfolgt. Kommunistische Versuche, die Arbeitsaufnahme zu verhindern, hatten keinen Erfolg. Die Streiktage gelten nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Streikenden sind restlos wieder eingestellt worden.

---

SPD. Die Verhandlungen des Gesamtverbandes mit den Arbeitgebern in der Hochseefischerei führten zu einer Verlängerung des Tarifvertrags. Der Heuer-Tarif ist bis zum 31. Dezember 1932 und der Manteltarif bis zum 31. Januar 1933 verlängert worden. Der Streik ist damit beendet.

---

SPD. Die Finanznot der Ruhrstädte nimmt bedenkliche Formen an. Vor einigen Tagen hat der Oberbürgermeister von Wanne-Eickel in seiner Etatrede nach dem Reichskommissar zur Sicherstellung der Ernährung der Erwerbslosen gerufen, und Anfang dieser Woche war es der Stadt Herne infolge ihrer leeren Kassen nicht möglich, ihre Unterstützungen voll auszuzahlen. Sie musste sich um dringende Hilfe nach Berlin wenden. Hilfe vom Reich und vom Staat muss in kürzester Frist gebrecht werden, soll im Ruhrgebiet nicht ein Unruheherd entstehen.

Wie schlimm es dort steht, geht aus einer Schrift des Oberbürgermeisters Prof. Dr. Most hervor, dem die 14 Ruhrstädte Bochum, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Herne, Mülheim-Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Wanne-Eickel und Wattenscheid das Material dazu geliefert haben. Danach wird das Defizit der fünf grossen Städte mit ihren drei Millionen Einwohnern für 1932 im ganzen 120 Millionen betragen. (Essen 19, Dortmund 36, Bochum 12, Duisburg-Hamborn 30, Gelsenkirchen 22 Millionen) Ein Drittel der für das Rechnungsjahr 1932 von der Gesamtheit der deutschen Städte geschätzten Defizite entfällt allein auf die 14 Ruhrstädte! Am 30. Juni 1932 gab es in den 14 Ruhrstädten 382 530 Arbeitslose ohne Angehörige. Diese Zahlen haben noch zugenommen. Am 30. Juni 1932 sind von den rund drei Millionen Einwohnern der Ruhrstädte 1 Million aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden. Ueber ein Drittel der Ruhrgebietsbevölkerung lebt also von der öffentlichen Hand.

Die Etats der Städte werden von der Sorge um die Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosenfürsorge beherrscht. Der Zuschussbedarf ist von 39 Millionen im Jahre 1925 über 90 Millionen im Jahre 1929 auf 160 Millionen 1931 angestiegen. Sparsamkeit bei den Ausgaben der allgemeinen Verwaltung, die in ihrem Umfang die Sparsamkeit der übrigen deutschen Städte bei weitem übertraf, und die starke Herabsetzung der Unterstützungssätze haben nicht vermocht, der Zunahme der Unterstützungsausgaben Herr zu werden. 1931 betrug der Nettoaufwand der 14 Ruhrstädte unmittelbar für die Erwerbslosen mehr als 100 Millionen Mark. Dabei fehlen den Städten die Einnahmen aus eigenen Erwerbsunternehmungen, deren sich die übrigen Städte in Deutschland erfreuen. Die Zusammensetzung der Bevölkerung bringt es auch mit sich, dass die Steuerereinnahmen eine scharf sinkende Tendenz zeigen und nicht im entferntesten ausreichen, das Defizit zu decken.

Die Erwerbslosigkeit hat sich in den Ruhrgebietsstädten förmlich aufgestaut und wird sich noch lange nicht verlaufen, auch wenn eine Konjunktur bessere Zeiten bringen sollte. Ein furchtbarer Winter steht vor der Tür. Die Städte des Ruhrgebietes erheben daher zum letzten Male und zum äussersten Termin die Forderung, aus ihrem besonderen Schicksal auch die besonderen Folgerungen zu ziehen. Sie verlangen von Reich und Staat, dass die verfügbaren und verfügbar zu machenden Mittel sachgemäss und der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechend verteilt werden.

---

SPD. Der Bundesvorstand des ADGB hat die Reichsbahngesellschaft ersucht, die früher gewährte Fahrpreismässigung für Kleingärtner auch in diesem Jahre für die Wintermonate zu gewähren, da die Lage der Kleingärtner durch den Lohnabbau sich wesentlich verschlechtert habe. Die Reichsbahngesellschaft hat dem Bundesvorstand mitgeteilt, es sei in Aussicht genommen, die Fahrkarten für Kleingärtner auch während der kommenden Wintermonate auszugeben.

---

# Wirtschaft Technik Handel

Sabotage!

-----  
Illusionisten oder Scharfmacher.

SPD. Im Lager der Papenschen Wirtschaftsankurbeler ist man aus dem München: Die bösen Gewerkschaften sabotieren das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Man hört die Papenmänner deutlich stöhnen: Es wäre alles so schön gekommen, wenn die vermaledeiten Gewerkschaften nicht gewesen wären. Die schwerindustrielle "Bergwerkszeitung", die immer dabei ist, wenn Wirtschaft mit Profit verwechselt wird, kann sich vor Zorn und Entrüstung nicht lassen. "Was man in diesen Tagen", so schreibt sie, "bei den Gewerkschaften erlebt, übersteigt schlechthin auch die schlimmsten Befürchtungen". Die Gewerkschaften "verneinen die Friedenspflicht" und das sei "offene Rebellion". Deshalb müsse den Gewerkschaften klar gemacht werden, "wo die Grenzen ihrer Macht liegen". Australien und England hätten ebenfalls nur - gegen die Gewerkschaften gerettet werden können."

Weshalb die Aufregung bei dem schwerindustriellen Blatt? Weil sich die Belegschaften in Remscheid, in Gladbach-Rheydt, in der Weissenfelder Schuhindustrie und in Hagen-Haspe den notverordneten Lohnabbau nicht gefallen lassen wollen. Also wegen ein paar Arbeitskonflikten, die man sonst kaum registrieren würde, geht das Papensche Ankurbelungsprogramm in Brüche. Wenn das Tatsache ist, muss es um die Papensche Ankurbelung schlecht, sehr schlecht bestellt sein. In den genannten Orten haben im besten Falle einige tausend Mann, und das auch nur zeitweise, ausser Arbeit gestanden. Gemessen an dem Umfang unserer Wirtschaft will das nichts, aber auch gar nichts besagen. Weshalb also das hysterische Gekreisch über Sabotage des Papenschen Programms durch die Gewerkschaften?

Die Deutsche Bergwerkszeitung, die ja nun jahrelang über die Gewerkschaften schimpft und wettet, sollte bei diesem für sie gewiss einträglichen Gewerbe zum mindestens die Einsicht gewonnen haben, dass die Gewerkschaften in ihrem eigenen Interesse jede Wirtschaftsbesserung begrüßen müssen. Gleichgültig, ob sie nun von Papen oder anders wo kommt. Diese nicht zu bezweifelnde Tatsache charakterisiert wohl am besten das Geschwätz von der Sabotage durch die Gewerkschaften. Wie einfältig und wie kindlich muss die Deutsche Bergwerkszeitung ihre Leser - und das werden wohl vorzugsweise deutsche Unternehmer sein - einschätzen.

Oder versteckt sich hinter den Ausführungen der Deutschen Bergwerkszeitung etwas anderes? Sollen die Papenmänner selbst nicht mehr an das Papenprogramm glauben? Wir sind geneigt, das zubejahen. Das Papenprogramm war auf die grosse Automatik in der kapitalistischen Wirtschaft, auf die Selbsterholung der Weltwirtschaft, insbesondere auf die Besserungen an den Rohstoffmärkten während des Sommers 1932 eingestellt. Wenn wir die Sommerereignisse an den Rohstoffmärkten - erhebliche Preissteigerungen und bessere Umsätze - nicht erlebt hätten, würden wir auch das Papenprogramm in seiner vorliegenden Form nicht gesehen haben. Das Papensche Wirtschaftsprogramm hat sich an die Automatik in der kapitalistischen Wirtschaft angehängt. Dabei bleiben zwei ausschlaggebende Fragen ungeklärt. Einmal die Frage, ob es sich wirklich um eine dauernde und nachhaltige Erholung in der Weltwirt-

schaft handelt und des andern die Frage, ob sich die Väter des Papenschen Ankurbelungsprogramms nicht in dem Tempo, in dem sich die Erholung in der Weltwirtschaft vollziehen wird, irren. Die Dinge sind auf den grossen Rohstoffmärkten etwas anders gekommen, als man sich das im Sommer 1932 gedacht hat. Zwar glaubt man immer noch an ein Aufwärtsgen, an einen Aufstieg. Aber man hat aus den Rückschlägen der letzten Wochen gelernt, dass sich der Aufstieg nicht so ruckablagelos vollziehen wird, wie man sich das noch vor kurzem vorgestellt hat. Das musste selbstverständlich auch in das Papensche Lager Unruhe und Verwirrung bringen. Diese Unruhe und diese Verwirrung sprechen u.a. aus den Auslassungen der Deutschen Bergwerkszeitung. Man begreift, was wirtschaftlich und politisch davon abhängt, wenn man sich im Tempo des weltwirtschaftlichen Aufstiegs wirklich verrechnet hat. Allem Anschein nach sucht jetzt schon die Deutsche Bergwerkszeitung nach dem Karnickel, nach dem Schuldigen. Das Können bei der Deutschen Bergwerkszeitung nur die bösen Gewerkschaften sein, die in den Redaktionsräumen des schwerindustriellen Blatts eine ähnliche Rolle spielen wie der schwarze Mann bei den Kindern.

Und wenn nun die Gewerkschaften ganz allgemein sich gegen den notverordneten Lohnabbau sträuben, allgemein mit vollem Erfolg wehren, können wir das nur begrüssen. Aus wirtschaftlichen Gründen. Hat sich die Deutsche Bergwerkszeitung schon Gedanken darüber gemacht, weshalb die Rückschläge an den Rohstoffmärkten und in der Weltwirtschaft während der letzten Wochen eingetreten sind und eintreten mussten? Die Rückschläge waren unvermeidlich, weil der letzte Verbraucher, der Konsument, der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte nicht kaufen kann und die Rückschläge werden in Zukunft da sein, wenn man durch notverordneten Lohnabbau die Kaufkraft der Massen weiter schwächt. Im engen Rahmen, im Papenschen Wirtschaftsprogramm, haben ja die deutschen Unternehmer den Verbraucher vergessen und muten ihm weitere Kaufkraftdrosselung zu. Im weiten Rahmen, in der Weltwirtschaft, auf den Rohstoffmärkten, in der kapitalistischen Automatik sieht das so aus, dass Rückschläge eintreten, weil der Markt, die Masse der Verbraucher, die Fertigerzeugnisse nicht aufnehmen kann.

Wenn die Deutsche Bergwerkszeitung schon mal von Sabotage des Papenschen Wirtschaftsprogramms reden will, dann soll sie sich doch mal um die Fülle von Preissteigerungen, die die letzten Wochen gebracht haben, kümmern. Keinen Tag haben wir in den letzten Wochen erlebt, wo wir nicht von ganz erheblichen Preissteigerungen Kenntnis nehmen mussten. Preissteigerungen, die erfolgten, trotz verschiedentlichster Unkostenverminderungen. Preissteigerungen, für die sachliche Gründe nicht vorliegen. Wenn sich die Deutsche Bergwerkszeitung über Sabotage entrüstet, dann soll sie einmal gegen den Unfug der Kartellpreise protestieren. Noch immer ist der Eisenpreis vielfach so hoch als im Auslande, ganz zu schweigen von dem Preis für Kohle, für Zement und andere Baustoffe usw. Will die Bergwerkszeitung gegen Sabotage kämpfen, dann soll sie gegen die Kontingentierung kämpfen, die einen Schlag gegen unsere Industrie bedeutet, wie sie ihn seit Jahren noch nicht erlebt hat.

Vielleicht liegen die Dinge auch so, dass die Bergwerkszeitung das mit der Sabotage der Wirtschaft gar nicht so meint, wie es aussieht. Vielleicht will sie nur scharf machen. Vielleicht träumt die Deutsche Bergwerkszeitung von jenen Zeiten, wo man gegen Streikende Militär marschieren liess. Wenn das der Fall sein sollte, dann spielt man in der Schwerindustrie, die ziemlich allein auf weiter Flur geblieben ist, bedenklich mit Feuer.

SPD. Der Konsumverein Mannheim legt für das Jahr 1931/32 einen Abschluss vor, der zeigt, wie es die Konsumgenossenschaften verstanden haben, sich erfolgreich mit der Krisennot auseinanderzusetzen und auch in der Krisenzeit eine erfolgreiche Werbetätigkeit zu entfalten. Neu gewonnen wurden im

Katastrophenjahr 1931/32 rund 2.200 Mitglieder. Die Rückvergütung in Höhe von 5 % bleibt ungekürzt gewährleistet. Die Erübrigung wird mit 8 900 Mark angegeben: Die Generalunkosten stellen sich mit 1,678 Millionen Mark um nicht weniger als 320 000 Mark niedriger als im Vorjahr. An Steuern brachte die Mannheimer Konsumgenossenschaft über 220 000 Mark auf. Das sind 3 % vom Umsatz. Schon diese Tatsache beweist, wie unsinnig das Geschwätz ist, die Konsumgenossenschaften genießen Steuerfreiheit. Die Bilanz erscheint durchaus flüssig. Trotz der Abhebung von Spargeldern in Höhe von 900 000 Mark werden die Spargelder mit 50 % verfügbar gehalten und in dreifacher Höhe durch Warenbestände, unbelastete Gebäudewerte und Einrichtungen gesichert. Das ist eine derartig günstige Situation, dass die mittelständlerischen Angriffe gegen die Verbindung von Warengeschäft und Spareinlagen bei den Konsumgenossenschaften ohne weiteres damit abgetan werden. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied stellt sich auf 381 Mark. Dabei ist nach den Berechnungen der Mannheimer Konsumgenossenschaft eine 40%ige Kaufkraftschwächung eingetreten. Der Umsatzrückgang macht dagegen 23,3 % aus. Berücksichtigt man, dass die Preisrückgänge gegenüber dem Jahre 1930 rund 20 % ausmachen, so ergibt sich, dass der konsumgenossenschaftliche Umsatz, mengenmässig genommen, in Mannheim nicht gesunken, sondern gestiegen ist. Das Mannheimer Beispiel sollte im Lande anspornen, gerade jetzt mit aller Energie zu den konsumgenossenschaftlichen Gedanken einzutreten.

-----

SPD. In der letzten Notverordnung hat die Papenregierung auch eine schöne Geste gegenüber den Pächtern zu machen versucht. Leider kommt dabei für die Pächter nicht viel heraus.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die sich mit aller Energie für die Interessen der Pächter einsetzt. Das bezeugt der Kampf, den die Sozialdemokratie für die Pächter führt. Nach dem die Sozialdemokratie bereits im März eine Verringerung des Pachtzinses gefordert hatte, war es selbstverständlich, dass sie auch dem neuen, am 30. Juli gewählten Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegte, nach dem alle landwirtschaftlichen und gärtnerischen Pachten ab 1. Oktober 1932 um 30 %, mindestens aber auf die Höhe der Vorkriegspachten, gesenkt werden sollen. Ist trotz dieser Senkung die Pacht auch dann noch höher, als einer angemessenen Verzinsung des Steuerwerts des verpachteten Grundstücks entspricht, so soll sie nach dem Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Antrag nochmals entsprechend gesenkt werden. Zum Schutz des Pächters war weiterhin gefordert worden, dass Pachtverträge mit bäuerlichen Pächtern nicht gekündigt werden dürfen, wenn der Pächter ohne Pachtland seinen Betrieb nicht aufrecht erhalten kann, es sei denn, dass der Pächter das Land nachweisbar schlecht bewirtschaftet.

Auch die Papenregierung konnte sich dem von der Sozialdemokratie auf sie ausgeübten moralischen Druck endlich etwas für die Pächter zu tun, nicht entziehen, obwohl ihre Sympathien sicherlich mehr auf Seiten der Verpächter als auf Seiten der Pächter liegen. In der letzten Notverordnung wurde den Pächtern ein Schutz vor Kündigung gewährt, nachdem man der gesamten Landwirtschaft eine fühlbare Senkung der Hypothekenzinsen und die Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes zugebilligt hatte. Der Pächter hat jetzt das Recht, wenn er mit dem Pachtzins ganz oder teilweise im Rückzug ist und der Verpächter ihm daraufhin kündigt, das Pachteinigungsamt anzurufen, das dann entscheiden kann, ob die Kündigung zulässig ist oder nicht. Das Pachteinigungsamt darf den Anträgen des Pächters aber nur dann zustimmen, wenn die Unterlassung der Pachtzahlung durch Unwetter, Viehseuchen oder durch besondere schlechte Preise für die Verkaufserzeugnisse der Pächter begründet ist. Von einer Senkung der Pachten selber ist in der Notverordnung keine Rede.

Der Rechtsanspruch des Verpächters auf Nachzahlung der Pachten bleibt bestehen, sodass bei einem späteren Zeitpunkt, wenn die Verordnung aufgehoben wird, der Pächter verurteilt werden kann, alles nachzuzahlen, was natürlich zu seinem völligen Ruin führt.

Zu einer tatsächlichen Hilfe für die Pächter hat sich also die Regierung Papen nicht durchbringen können, so dass die Sozialdemokratie nach wie vor für die Kleinpächter gegen die Baronsregierung kämpfen muss. In diesem Kampf müssen die Pächter der Sozialdemokratie treue Gefolgschaft leisten. Deshalb rufen wir die Pächter auf, am 6. November geschlossen für die Sozialdemokratische Partei einzutreten.

-----  
 Verringertes Angebot.  
 -----

(Berliner Getreidebörse vom 5. Oktober 32)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch etwas stetiger als an den Vortagen. Nennenswerte Veränderungen in den Kursen zeigten sich weder am Prompt- noch am Lieferungsmarkt. Für Weizen war das Angebot ausreichend, jedoch hielt sich die Kauflust der Mühlen noch immer in engsten Grenzen. Das Roggenangebot ist etwas kleiner geworden, jedoch zeigte sich auch hier nur eine sehr geringe Nachfrage der Mühlen. Infolgedessen wurde die Stützung fortgesetzt. Das Mehlgeschäft blieb weiter äußerst schleppend. Im allgemeinen waren die Forderungen der Mühlen unverändert, jedoch zeigte sich hier und da etwas mehr Entgegenkommen in den Forderungen. Für Hafer blieb die Tendenz stetig. Die Forderungen der Eigener waren zum Teil erhöht, jedoch wurden sie nur schwer bewilligt. Gerste hatte bei kleinem Angebot etwas vermehrte Nachfrage, jedoch war es auch hier nicht möglich, erhöhte Preise durchzusetzen.

	4.10.	5.10.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	203 - 205	203 - 205
Roggen	156 - 158	156 - 158
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	135 - 140	135 - 140
Weizenmehl	25,25 - 29,00	25,50 - 29,00
Roggenmehl	20,40 - 22,90	20,25 - 22,75
Weizenkleie	9,50 - 9,90	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 215½ - 215¼ (Vortag 215¼), Dezember 217 - 216½ (216½), März 220¼ - 220 (220¼), Roggen Oktober 165¼ - 166 Geld (165½), Dezember 167½ - 166½ (167½), März 171½ - 171 (171½) Hafer Oktober - (143), Dezember - bis 143 (142½).

SPD. In der Dezember=Notverordnung war den Althausbesitzern das Recht gegeben worden, die Hauszinssteuer, die sie zu entrichten haben, für alle Zukunft mit dem dreifachen eines Jahresbetrages der Steuer abzulösen. Um einen Anreiz für die sofortige Ablösung zu schaffen, sollte aber dieses Recht nur bis zum 31. März 1932 gelten. Bei späterer Ablösung sollte der 3½fache Jahresbetrag der Steuer als Ablösungsbetrag zu zahlen sein. Dieser Termin wurde aber bis zum 30. September 1932 verlängert und dabei kam man den Haus=

besitzern sogar noch weiter entgegen. Es wurde nämlich bestimmt, dass die vom April bis September fällige Hauszinssteuer zum halben Betrag bei der Ablösung in Anrechnung gebracht werden soll. Viel Erfolg scheint aber auch dieser neue Abreiz nicht gehabt zu haben. Denn beim Ablauf des neuen Termins wurde eine abermalige Verlängerung des Termins für die Ablösung mit dem dreifachen Jahresbetrag auf den 31. März 1933 verfügt und auch die Vergünstigung, dass die neu gezahlte Hauszinssteuer zur Hälfte angerechnet werde, wurde noch einmal ausgesprochen.

Die Hausbesitzer können sich also über Vernachlässigung durch die Regierung Papen nicht beklagen. Getreu ihrem Grundsatz, "Wer hat, dem wird gegeben", überschüttet sie nicht nur Industrie und Landwirtschaft, sondern auch den Hausbesitz mit immer neuen Liebesgaben: erst Zinszuschüsse und Reichsbürgschaften für Hausreparaturen, dann 50 Millionen verlorene Zuschüsse für denselben Zweck, 40prozentige Senkung der - grösstenteils von den Mietern getragenen - Hausvermögenssteuer und nun schliesslich die Verlängerung der Hauszinssteuerablösung. - Mein Herz was begehrt du noch mehr.

SPD. Unser Amsterdamer Mitarbeiter meldet über den deutsch=holländischen Kontingentskonflikt: "Das wirtschaftliche Abwehrkomitee, das jetzt alle Zweige des niederländischen Wirtschaftslebens umfasst, beschäftigte sich im Haag auf einer grossen Vertretertagung mit den neuesten deutschen Kontingentierungsmassnahmen und setzte einen Sonderausschuss aus drei Mitgliedern zur Beratung der Kampfmassnahmen gegen Deutschland ein. Die Versammlung war einstimmig der Auffassung, dass Mittel, die bisher zwischen Niederland und Deutschland ungebräuchlich waren, erwogen werden müssten, weil Landwirtschaft, Gartenbau und Milchverarbeitungsindustrie in Niederland mit einer katastrophalen Entwicklung der Ausfuhrschwierigkeiten rechnen müssten. Der deutsch=italienische Handelskonflikt wird unter diesem Gesichtspunkte von der ganzen niederländischen Presse mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt, wobei man besonders hervorhebt, dass man in Deutschland den Italienern nunmehr durch Zugeständnisse auf dem Gebiet der Kontingentierung entgegenzukommen versuche.

Jedenfalls hat die Regierung der Barone mit ihrer Wirtschaftskriegspolitik die deutschen Sympathien in Niederland auf lange Zeit hinaus gründlich verdorben.

SPD. Der Abschluss des Starkstromunternehmens Brown, Boveri & Co. A. G. Mannheim gibt den Auftakt für die Krisenbilanzen der führenden Elektrokonzerne in Deutschland. Die Bilanz bei Brown, Boveri sieht ernst genug aus. Das Unternehmen, das für 1930 aus einem Gewinn von 1,31 Millionen Mark noch eine Dividende von 5 % zahlen konnte, hat nach vorheriger Einziehung von 1 Million Mark eigener Aktien einen Verlust von 7,91 Millionen Mark erlitten. Einschliesslich der Aktieneinziehung erreichen also die Verluste bei Brown, Boveri im vergangenen Geschäftsjahr nahezu 9 Millionen, so dass weit mehr als ein Drittel des Kapitals von 25 Millionen verloren ist. Die Verwaltung hat beschlossen, die gesamte Verlustsumme ohne Inanspruchnahme des gesetzlichen Reservefonds auf neue Jahresrechnung vorzutragen. Der Umsatz sank im Berichtsjahr um 22 %. Rund 40 % der Lieferungen gingen ins Ausland.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 5. Oktober 1932.

Ein alter Mann weint.<sup>x</sup>

SPD. An der Ecke der Hauptstrasse der kleinen Stadt stand zwischen den hell erleuchteten Schaufenstern eines Juweliergeschäftes ein alter Mann und weinte. Er lehnte mit dem Rücken an der Wand zwischen den Schaufenstern, und aus seinen geröteten Augen liefen über die Backen die Tränen in den grauweißen struppigen Bart. Auf dem Kopfe trug er einen zerbeulten, schmutzigen Filzhut. Seine Jacke war fleckig und schmierig und wurde mit Bindfaden in den Knopflöchern zusammengehalten. In der Hand hielt er einen Stock, auf den er sich stützte. Mit der andern Hand hielt er sich am Rohre der Dachrinne fest, das neben ihm in den Boden mündete. So stand er weinend und unbeteiligt im Betriebe des späten Nachmittages am Rande des Gehsteigs. Die Strasse diente den höheren Schülern der kleinen Stadt als "Bummel"; sie liefen rotbemüht zu zweit und zu dritt auf und ab. Ueber dem Eingange des einzigen Kinos der Stadt hing ein grosses Schild, auf dem in grossen Plakatbuchstaben die Worte "Hauptschlager" und "Ich bin ja heut' so glücklich" standen. Gegenüber stand der alte Mann und weinte. Bald hatten sich eine Menge Leute um ihn gesammelt, die ihn neugierig anstarrten und untereinander erörterten, warum der alte Mann wohl so in aller Öffentlichkeit weine. Aber keiner fragte ihn selbst.

"Guck, der grinst," sagte ein kleines Mädchen.

"Gebt ihm doch ein Taschentuch!" meinte ein buntbemühter Schüler, der als Witzbold in seiner Klasse einen Ruf hatte und sich mit diesem Ausspruch vor dem Mädchen neben ihm den Schein rauher Männlichkeit geben wollte.

Ein anderer junger Herr, Konfektion oder Portokasse oder beides zusammen, sagte zu der hübschen Frau mit der schicken Samtkappe neben ihm: "Der ist besoffen".

"Ach, Sie Rohling", antwortete die hübsche Frau und sah ihn bewundernd an.

Der alte Mann lehnte unterdessen an der Wand und weinte immerzu, ohne dass er einen Versuch machte, seine Tränen zu verbergen oder abzuwischen. Sie liefen ihm durch den Bart und tropften, da der alte Mann mit leicht gebeugtem Kopfe stand, auf das Pflaster. Die Zuschauer, die ihn anstarrten, beachtete er garnicht.

Ein blasser junger Mann, ohne Mantel und mit einem Schal um den Hals, stand etwas abseits. "Der wird wohl Hunger haben", sagte er leise vor sich hin und nickte dazu, als wäre er mit dieser Feststellung zufrieden.

Inzwischen waren es mehr Zuschauer geworden, und der Schutzmann, der sonst auf die Schüler aufpasste, dass sie nicht stehen blieben und dadurch den Verkehr störten, nahm von der Ansammlung an der Ecke Kenntnis. Er kam, der Abwechslung froh, herbei, um festzustellen, was es gäbe. Zunächst rief er, als er noch einige Schritte entfernt war, den Aussenstehenden zu: "Bitte weitergehen! - Nicht stehen bleiben!" Die Zuschauer blieben jedoch ruhig stehen; nur einige machten ihm Platz. Der Schutzmann schien auch garnicht zu erwarten, dass die Leute weitergingen. Er trat vielmehr zu dem weinenden alten Manne und fragte ihn: "Na - wo fehlt's denn?" Im Geiste sah er schnell seine Dienstbestimmungen durch; sie enthielten aber nichts darüber, was mit einem Manne zu tun wäre, der Abends um sechs an einer Ecke steht und weint. Weinen darf er, dachte der Schutzmann; den Verkehr stört er auch nicht; aber die Leute, die ihn anstarrten, sind zweifellos verkehrsstörende Elemente. Auf jeden Fall ist das Ganze unstatthaft und darf daher nicht stattfinden. Der

Mann ist anscheinend ein Bettler - also kann man ihn ja fragen, ob er Papiere hat. Wäre es ein besserer Mann, sozusagen ein Herr, dann müsste man ihm behilflich sein und brauchte ihn nicht nach seinen Papieren zu fragen. Aber so. - Also: "Zeigen Sie mal Ihre Papiere!"

Der alte Mann sieht den Schutzmann erschrocken an und macht eine Bewegung mit der er wohl sagen will, er habe keine Papiere.

"Haben wohl keine", sagt der Schutzmann befriedigt, froh, damit einen Ausweg gefunden zu haben. Keine Papiere - dafür gibt es Bestimmungen.

"Na," sagt er, jetzt fast gemütlich, "dann kommen Sie mal mit!" Der alte Mann - er weint immer noch - löst sich langsam von der Wand und humpelt fort. Neben ihm geht der Schutzmann, im Geiste bereits seinen Bericht formulierend. Klare Sache: keine Papiere, wahrscheinlich gebettelt. "Nach Angabe des Hauptwachtmeisters Queck stand ein anscheinend wohnungsloser Landstreicher um sechs Uhr Abends bettelnd an der Ecke der Langen Strasse und versuchte durch markiertes Weinen das Mitleid der Passanten zu erregen."

Die Leute, die um den alten Mann herumstehen, setzen ihren Weg fort. Einige laufen dem Alten und dem Schutzmann nach. Nur der blasse junge Mann steht noch allein da und sieht den Beiden nach. Als sein Blick auf das Plakat über dem Kino fällt, murmelt er: "So siehste aus," und lacht dabei grell.

Karl Stülpner.

-----  
Schaum.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Ein mittlerer Beamter, ein Rat und ein Geheimrat trafen sich während ihrer Urlaubszeit in einem Ostseebade, in dessen äusserster, fast abseits gelegener Villa jeder von ihnen ein Zimmer mit Morgenfrühstück inne hatte. Sie wohnten also privat, und privat wollten sie auch leben. Sie wollten weder ein mittlerer noch ein rätlicher noch ein höherer Beamter sein, sondern sozusagen nur Querschnittsbeamte.

Die drei waren die einzigen Gäste der Villa. Morgens frühstückten sie an einem runden Gartentische, an dem sie auch das meist selbstbesorgte Abendessen verzehrten, zu dem ihnen die Wirtsleute Milch oder ähnliche Querschnittsgetränke lieferten. Am Tage gingen sie spazieren, badeten, lagen am Strande oder in den Dünen und sahen in den Himmel hinauf, der ihnen zum Symbol ihres Querschnittslebens wurde; denn er zeigte weder ein "mittleres" noch ein "rätliches" noch ein "höheres", sondern einfach ein konstantes sommerliches, wolkenloses Blau, wie es seit Erschaffung der Gattung "Sommerfrischler" in der Art "Mensch" deren einziges Sehnen und Glück bedeutet.

So weit war alles in bester Harmonie und wäre auch ohne Dissonanzen verklungen, wenn nicht an dem ersten trüben, wolken schweren Tage - das Wetter symbolisierte gewissermassen die kommenden Ereignisse - die Ehefrauen des Beamtentrios eingetroffen wären, welche, als sie von der Geburt des Sommerfrischenbeamtentums hörten, durchaus nicht mit solcher Sonnenstichidee einverstanden waren, sondern ihren Männern heftige Vorwürfe machten, freilich nicht öffentlich laut, sondern in Stunden verschwiegener Zweisamkeit.

"Du bist Geheimrat! Sie müssen Dich respektieren", räsionierte die Geheimrätin. "Du musst es sie fühlen lassen, dass sie unter Dir stehen! Nur so wirst Du reif zum "Wirklichen"."

"Du bist Regierungsrat! Er hat Dir Achtung zu erweisen!"

"Ja," wagte der also Getadelte einzuwenden, "was nützt diese Plus-Achtung wenn sie durch den dann notwendigen Respekt gegen den Geheimrat aufgehoben wird und ich nach wie vor auf dem regierungsrätlichen Nullpunkt verharre!"

"So? Als Nullmeridian schätzt Du Dich ein?" höhnte die Gattin, die teure. "Was schert Dich das "Unterland"! Ueber Dich schau! Und", fügte sie

flüsternd hinzu, "ein "Ober" vor Deinem Titel ist doch wohl eine Verbeugungswert!"

"Sei kein Narr, Albert!" ermunterte Frau Obensekretär Wahnkopf ihren Gatten. "Mach Dich beliebt! Das ist das beste Mittel zum Rechnungsrat! Bedenke, ich bin dann Frau Rätin!" - - -

"Das idyllische Sommerfrischenquerschnittsbeamtentum hatte den Todesstoss erhalten. Fortan bediente Frau Obersekretär Wahnkopf beim Frühstück und beim Abendessen zuerst das geheimrätliche und dann das regierungsrätliche Ehepaar, während Obersekretär Wahnkopf - Rechnungsrat in spe - den beiden Räten eifrigste kleine Gelegenheitsdienste erwies.

"Steck Dir stets Streichhölzer ein!" sagte an einem Spätabend Frau Wahnkopf zu ihrem Gatten.

"Wozu, Liebste, ich bin doch Nichtraucher!"

"Aber, Albert! Dir fehlt wirklich die Qualifikation zum Rechnungsrat! Wenigstens mir zuliebe nimm Dich zusammen! Hast Du nie das Versagen des geheim- und regierungsrätlichen Feuerzeuges bemerkt? Du schüttelst den Kopf? Ach, Ihr Schemelmenschen! Eure Schreibtische sind Euer einziges Blickfeld! Nie hebt Ihr den Blick! Ihr verdorrt an Papier und Holz und werdet schal wie blasse Tinte!"

"Aber, Ilse!" - Wahnkopf versuchte eine Rechtfertigung. "Was geht einen tüchtigen Menschen der blaue Dunst....."

"So? Blauer Dunst sagst Du? Rechnungsrat werden nennst Du "blauer Dunst"? Was heisst tüchtig! Situationen ausnützen! Diese Villa könnte die Geburtsstätte unsrer Zukunft werden - - - aber Du bist und bleibst ein Wahnkopf!"

Damit drehte sich Frau Ilse auf die rechte Seite, schloß seufzend ein und träumte lächelnd einen rechnungsrätlichen Traum.

Zur gleichen Zeit malte Frau Regierungsrat Oberwill ihrem Gatten die Vorzüge einer Titelerhöhung aus. "Was ist ein Mensch, wenn er nicht das Wort "Ober" als Attribut in seiner Amtsbezeichnung hat! Nirgends hat er Achtung, Ansehen, Einfluss und - - - Kredit! Jawohl, Kredit, Emil!"

"Mir scheint, dass das Wort "Ober" überlebt....."

"Weltfremder Du", wies ihn seine Gattin zurecht. "Ein Titel ohne "Ober" ist wie ein Mensch ohne Kopf, wie ein Schiff ohne Steuer! Vorwärts, Emil, heisst die Parole! Und selbst das Wort "Ober" darf nur ein Sprungbrett sein! Aber Du bist und bleibst eben ein Krebs!"

Damit drehte sich Frau "Ober" in spe auf die rechte Seite und lag bald im Oberarm des Oberschlafgottes, dessen Oberengel die Schlummernde mit holden Oberträumen umgaukelten.

Und genau zur gleichen Zeit ereiferte sich Frau Geheimrätin Getraude: "Was heisst "Geheim"? Lächerlich, solch Titelchen! Nur die Wirklichkeit ist das Gegebene. Daran glaubt die Welt und respektiert es!"

"Elise, ich bin nie ein Titeljäger....."

"Ich weiss! Ich weiss! Du warst stets ein Titel-Bewahrer und wärest wohl gar mit der Anrede "Sekretär" zufrieden!"

Und sie drehte sich auf die rechte Seite, und "wirkliche" Englexellenzen umgaukelten sie mit "wirklichen" Traumgebilden. - - -

In der Frühe des nächsten Tages gingen die drei Ehepaare zum gemeinsamen Baden an den Strand. Ein Sturm peitschte die Wellen, die brandend und schäumend am Ufer zerschellten. Man drehte die Strandkörbe gegen den Wind und entkleidete sich, gymnastete und stieg in die See, deren Wogen mittlere, regierungsrätliche und geheimrätliche Brüste mit gleicher Kraft und mit gleichem Schaum umsprühten. Man reichte sich die Hände, hüpfte den heranrollenden Wellen entgegen und liess sich unter ihren Zusammenstürzen begraben. Und seltsam! In der Weite der brodelnden, gischtenden, grossartigen Brandungssymphonie verstummten die titelheischenden Stimmen engherziger Menschenbrüste. Man vergass "Ober"- und "wirkliche" Träume im Anblick wirklicher grandioser Schöpfung! - - -

Zwei Wandervögel wanderten fürbass am Strande entlang und sahen die froh-

sich Tummelnden. Die Beiden wussten nichts von Titeln und den Jagden nach ihnen. Sie kannten nur Sonne und Freiheit und die Akkorde der Ewigkeit, die in allem Seienden sie umbrausten.

Der eine richtete seinen Photoapparat auf die Gruppe der Badenden. Im gleichen Augenblick stürzte ein Sonnenstrahl in die wellende Flut, die aufblitzte wie edles Kristall.

"Die haben wir geschnappt", sagte der Junge zu seinem Kameraden, "und als Unterschrift nehmen wir: Familie Lehmann im Bade!"

Walter Leistikow.

-----  
Der Erfinder der Schiffsschraube.\*  
-----

(Zum 75. Todestage Joseph Ressels.)

SPD. Joseph Ressel ist einer der tragischen Helden der an Enttäuschungen und Rückschlägen so reichen Geschichte der Technik. Das Schicksal hatte ihn dazu bestimmt, ein Forstbeamter zu werden, der seinen Vorgesetzten im spiegeligen Österreich der Kaiserzeit auf die Nerven fallen musste, da er zu viel grübelte und sich mit technischen Problemen beschäftigte, die so gar nicht in den grünen Wald und erst recht nicht in die muffigen Aktenstuben der österreichischen Bürokratie hineinpassten. Man stelle sich nur mal einen Grünrock vor, der an die Lösung einer Gleichung denkt, während er dafür sorgen soll, dass der Wald nicht ganz und gar nach eigenem Willen wächst oder das Wild sich nicht über Gebühr vermehrt oder gar von den Malefizwilderern abgeschossen wird. Ein solcher Förster war eben in den Augen der verzopften Staatsbeamten kein brauchbarer Mensch. Er war vielmehr einer von denen, die der Herrgott in seine Zorne erschaffen hatte, und die man dementsprechend zum Teufel wünschte.

Erfinder und Genies aber folgeneigenen Gesetzen und lassen sich auch nicht durch den Moderduft bürokratischer Tradition davon ablenken, nach diesen Gesetzen zu leben. Ressel hatte nach der Ansicht seiner Kollegen einfach zu viel "gestudiert". Die "Bombardierschule" zu Budweis und die Universität Wien hatten ihn ganz einfach verdorben. Wozu studiert auch ein Förster neben der edlen Land- und Forstwirtschaft noch Chemie, Naturgeschichte und Technologie? Das bisschen Technik, das ein "K.K." Oberförster brauchte, der in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts auf hochherrschaftliche Wälder aufzupassen hatte, konnte auch ohne Universität und ohne Bücherweisheit erlernt werden. Aber alle Ermahnungen waren erfolglos. Ressel liess nicht von seinen Nebenbeschäftigungen ab, und alle Spiesser wussten, dass es mit ihm ein schlimmes Ende nehmen musste. Leider sollten sie recht behalten. Es ging dem Ressel Zeit seines Lebens nicht gut, wenn auch nicht bestritten werden kann, dass an seinen ausserforstlichen Ideen "etwas dran" war.

Er hatte sich nämlich durchaus in den Kopf gesetzt, Schiffe (man denke: ein Förster und Schiffe!) mit Hilfe von Schrauben anzutreiben. 1827, also zu einer Zeit, als auf dem europäischen Festlande noch keine Eisenbahn lief und die Dampfmaschine noch ein halbes Teufelswerk war, liess er sich seine Erfindung schützen. Ressel war anfangs in Laibach angestellt gewesen. Man war dort froh gewesen, den unbequemen Beamten nach Triest abschieben zu können. Hier lernte Ressel einen Raddampfer kennen, der unsäglich langsam dahinschlich. Kein Wunder, dass der technisch begabte Forstbeamte nach einem verbesserten Antrieb suchte und endlich auf den Gedanken kam, das Schaufelrad, das ja im Grunde nichts anderes ist als ein Ruder von höherem Wirkungsgrade, durch die archimedische Schraube zu ersetzen. Wenn man eine Schraube durch Holz treiben konnte, warum sollte sie sich dann nicht durch das Wasser drehen lassen und dabei ein Fahrzeug vorwärts treiben? Ressel rechnete und probierte. Seine

Idee war richtig. Aber er war leider ein armer Schlucker. Nach vielem Hin- und Her gelang es ihm, ein Boot mit seinem Schraubenantrieb auszurüsten und es mit der Hand anzutreiben. Die Schnelligkeit des Schiffleins erregte Verwunderung. Ressels Ruhm drang über Österreich hinaus. Eines Tages erteilte ihm der ägyptische Vizekönig Mehemed Ali den Auftrag zu einem ähnlichen Schraubenschiffchen, das ihm nach der Fertigstellung ungemein gefiel und ihn bewog, dem genialen Ressel eine ganze Reihe ähnlicher Aufträge zu erteilen, die jedoch niemals zur Ausführung gekommen sind. Endlich fand Ressel in dem Grosskaufmann Ottavio Fontana einen Gönner, der das Geld zum Bau eines Schraubendampfers hergeben wollte. Gegen den Willen eines englischen Reeder, eben jenes Unternehmers, der den langsamen Raddampfer zwischen Triest und anderen Orten der Adria laufen liess, erkämpften Ressel und sein Geschäftsfreund die Genehmigung zur Bildung einer Gesellschaft, deren Zweck es war, einen Schraubendampfer zu bauen und zu betreiben. Die auf die Förderung des heimatischen Gewerbes bedachte Regierung zwang Ressel, Kessel und Maschine in einer kleinen Fabrik in der Steiermark bauen zu lassen. Längst hatten die Schiffsbauer den Rumpf des Dampfers fertiggestellt, aber Ressel musste sich lange im Warten üben, bevor Maschine und Kessel mit Ach und Krach von der Fabrik vollendet und geliefert wurden. Dieses Meisterwerk der Maschinenbaukunst verlieh dem ersten Schraubendampfer eine Geschwindigkeit von nicht ganz 6 Knoten. Das wurde damals als eine gute Leistung betrachtet. Leider war dem Kessel die Anstrengung gar nicht gut bekommen: noch während der Probefahrt platzte er und regte die Triester Polizei zu einem Verbot der lebensgefährlichen Schraubenschiffsversuche an. Die Polizei war auch damals schon sehr um das Wohl der Menschheit besorgt... Der gute Ottavio Fontana liess daraufhin Ressel im Stich und erklärte sich erst nach langwierigen Prozessen bereit, den auf Ressel entfallenden Anteil des verkachten Unternehmens auszuzahlen.

Die Vielfältigkeit eines technischen Gedankens zeigte sich auch bei der Erfindung der Schiffsschraube: Sie wurde nach Ressel noch zweimal selbständig in England und Amerika erfunden. In England wurde sie von einem Francis Smith und in Amerika von dem grossen Ingenieur Ericson 1836, also neun Jahre nach dem Ressel seine Erfindung schützen liess, zum Patent angemeldet.

Ressel wurde in dem kleinen böhmischen Orte Chrudim, der etwa 40 Kilometer südlich von Königgrätz liegt, geboren. Nach seiner umfassenden wissenschaftlichen Ausbildung erhielt er 1817 in Plettersbach im Krainer Gebiete seine erste Stellung als Staatsförster. Drei Jahre darauf ist er Vizewaldmeister in Laibach, und 1824 wird er Waldmeister der küstenländischen Domäneninspektion in Triest. Am 28. November 1826 reichte er seine Erfindung zum Patent ein, das ihm am 11. Februar 1827 erteilt wurde. Das Wichtigste seiner Erfindung lag darin, dass er die Schraube zwischen Heck und Steuerruder anordnete. So erreichte er in der Tat den besten Wirkungsgrad des neuen Antriebs. Daneben beschäftigten ihn noch eine Reihe anderer technischer Ideen, die ebenfalls seinen technischen Weitblick erkennen liessen. Doch erst nach seinem am 10. Oktober 1857 erfolgten Tode (als echter Pechvogel fiel er während einer Dienstreise einer Malaria zum Opfer), erkannte man seine Bedeutung. Dem Toten wurden zahlreiche Ehrungen zuteil, die dem Lebenden versagt geblieben waren. Vor der Technischen Hochschule zu Wien steht heute Ressels Bronzestandbild. Sein Heimatort setzte ihm 1924 ebenfalls ein Denkmal, und viele Strassen und Plätze tragen seinen Namen.

W. M.

## Der indiskrete Papagei.<sup>x</sup>

---

SPD. In einer Leipziger Vorortstrasse stehen zweihundert Menschen auf einem Haufen. Sie haben alle die Köpfe nach oben gedreht und die Mäuler vor Spannung ein wenig geöffnet. In ihrer Mitte steht ein kleines, verhutzelttes Männchen und gestikuliert. Oben aber auf einem Telegraphendraht sitzt ein grüner Papagei und sieht interessiert nach unten.

"Lorjn," sagt der kleine, verhutzelte Mann, "gomm rundr!"

Lorchen hüpfte ein wenig auf dem Draht herum, aber "rundr" kommt Lorchen nicht.

"Ichsidze grade da und lese meine Zeitung; auf einmal höre ich Schritte, sagt verzweifelt der kleine Herr. "Ich gugge, und wer isses? Lorjn. Das Dier war aus dem Gäfich rausgehobsd auf den Boden. Ich las gerade ännen indressanden Ardiggl über die günsdliche Düngung in Schrebergärdn - aber wie ich das sah, da warf ich die Zeitung hin und versuchde, den Voochl zu fangen. Lorjn is aber durchs Fensrd rausgefloochn, und weg war sie. - Lorjn, gomm rundr, grichsd auch Blädzjn!"

"Guden Morjn!" ruft plötzlichder Vogel.

"Gomm, Lorjn, Blädzjn!"

"Du sollsd doch nich soviel saufen," schreit der Vogel mit der schrillen Stimme eines alten Weibes.

Zweihundert Zuschauer lachen. Der kleine Mann erklärt: "Das haddr nich edwa von meiner Frau gelernt. Ich vräraache mich sehr gud mid meiner Frau. Wir haben den Voochl auch ersd woanders hergegrichd; da had der das midgebrachd."

"Du sollst doch nich soviel saufen," schreit der Vogel.

"Den had uns nämlich unser Neffe aus Brasilien midgebrachd," erklärt der kleine Mann hartnäckig.

"Das nächsdemal grichsd du geinen Hausschlissl widdr," quarrt Lorchen.

"Had der alles in Brasilien gelernt."

Da tippt ein untersetzter Kerl dem kleinen, verhutzelten Männchen auf die Schulter und fragt grinsend: "Seid wann schbrechen denn die Brasilianer Säxsch Der kleine Herr wird puterrot. Dann stülpt er sich seinen Hut auf den Kopf und läuft unter dem brüllenden Gelächter der gesamten Volksmenge fort, ohne seinem entflohenen Vogel auch nur einen weiteren Blick zu schenken. Der aber brüllt hinter ihm her: "Ersd besäufsd du dich, und dann hasdu auch noch Angs", du feicher Hund!"

Kurt Miethke.

---

"Verklagen Sie den Burschen!"

---

Von Philipp Scheidemann.

SPD. Kaum ein Tag vergeht, an dem der Postbote bekannteren Genossen nicht Briefe ins Haus bringt, die die Aufforderung enthalten, den Nazi Schwindelhuber zu verklagen, weil er dies und jenes behauptet hat, oder einen Prozess anzustrengen gegen die Naziblätter "Das heulende Elend" und "Die lahme Ente", weil sie allerlei Schimpfereien gedruckt haben. Solchen Ansprüchen an allen Fällen Folge zu leisten, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Man kann sich ab und zu einen besonderen Frechdachs herausgreifen, um ein Exempel zu statuieren; jedes Lämpchen verklagen - das würde einen Geld- und Zeitaufwand bedeuten, der nicht verantwortet werden kann.

An wenigen Beispielen soll das gezeigt werden. Gegen den verantwortlichen Redakteur eines Hakenkreuzblattes wurde auf Wunsch einer Parteikörperschaft Klage erhoben. Das Blatt kündigte daraufhin durch alle Länder der Welt, in

denen deutsche Zeitungen erscheinen, sensationelle Verhandlungen, sowie die moralische und gerichtliche Vernichtung des Klägers an! Prominente Zeugen aus allen Parteilagern wurden genannt. Die Verleumdungen wurden zunächst also "mit genauer Quellenangabe" durch die ganze Welt weiter verbreitet. Kein Wunder also, dass die Hetze gegen den Kläger von Tag zu Tag immer infamer wurde. Eines Tages befand sich unter den ihm eingeschickten Blättern mit den hakenkreuzlerischen Schimpfereien auch der "Urwaldbote" (das ist wirklich kein Scherz!), ein südamerikanisches Blatt, das in deutscher Sprache erscheint. Unwas war aus diesem "Urwaldboten" zu ersehen? Er enthielt eine Aufforderung des verklagten Naziblattes, Gelder zur Durchführung des Prozesses zu sammeln, den der novemberverbrecherische Sozi gegen das Hakenkreuzblatt angestrengt hat.

Wie alles in der Welt, so nahm auch der Prozess nach etwa zwei Jahren ein Ende. Und was war das Ergebnis? Der beklagte Redakteur erklärte und musst in seinem Blatt veröffentlichen,

- er bedauere und bitte den Kläger um Entschuldigung, "denn nichts von allen aufgestellten Behauptungen könne er aufrecht erhalten, geschweige denn auch nur im entferntesten beweisen...."

Der Gestüpte verpflichtete sich ausserdem zu einer Busszahlung. Abgesehen von wenigen Blättern druckte keine der Zeitungen, die die Lüge verbreitet hatten, das Endergebnis des Prozesses ab. In den Köpfen der Leser (vielleicht tausender von Zeitungen) hazten die niederträchtigen Verleumdungen sich aber längst als "Tatsachen" festgesetzt. -

Zwei weitere Fälle, die ziemlich glatt verliefen: in einer thüringischen Stadt redete ein Nazi den Unsinn nach, den er, wie er später zu seiner Entschuldigung vor Gericht sagte, in irgend einer Zeitung gelesen hätte. Da er für seine Ehrabschneiderei nicht die Spur eines Beweises erbringen konnte, wurden ihm drei Monate Gefängnis aufgebürdet. Da er sich als vollkommen mittellos erwies, sind dem Kläger noch allerlei Kosten erwachsen. -

Noch ein Fall. Ein nationalsozialistischer Mittelbeamter schimpfte auf den gleichen Genossen. Ganz nebenbei, nicht erregt im Wirtshaus, nicht erregt in einer Versammlung; nein, so ganz nebenbei verdächtigt er den Mitmenschen, den viele für vogelfrei halten. Das Gericht hatte auch in diesem Falle seine seine Taxe: drei Monate Gefängnis. Nun geht aber das Jammern des verurteilten Verleumders an; er beschwört den von ihm Verleumdeten, den Strafantrag noch zurückzunehmen, bevor das Urteil rechtskräftig werde, denn wenn er ins Gefängnis müsse, so bedeute das den Ruin seiner ganzen Familie. Dass er mit seinen gewissenlosen Schwätzereien die Ehre eines Mitmenschen zu ruinieren bereit war, ist ihm wohl bis zum heutigen Tag noch nicht zum Bewusstsein gekommen.

Ein Beispiel zum Schluss. Eine besonders böartige Verleumdung wird festgestellt: es ist die Beschuldigung des "Landesverrats" ausgesprochen. Also Klage. Vollständiger Zusammenbruch des Beklagten und der von ihm ausgesprochenen Verleumdung. Der Staatsanwalt beantragt sechs Monate Gefängnis. Der Nazi-anwalt will Zeit gewinnen, denn er sieht in der Ferne die von den Kommünazi erstrebte Amnestie. Er beantragt Vertagung und will in dem neuen Termin als Zeugen geladen wissen unter anderem den französischen Generalfeldmarschall Roch, den französischen Kriegsminister und ähnliche kleine Leute. Diese Anträge nimmt er schliesslich zurück, nachdem der Gerichtsvorsitzende darauf hingewiesen hatte, dass er leider keine Machtmittel habe, die Erfüllung der bescheidenen Wünsche zu erzwingen. Nun bestand der Advokat des Beklagten darauf, dass vier Mitglieder früherer deutscher Regierungen als Zeugen erscheinen müssten. Diesem Ansinnen wurde stattgegeben. Wegen einer mehr als sinnlosen Verleumdung müssen nun vier im öffentlichen Leben stehende Männer, die ausnahmslos mit Arbeit überlastet sind, die Reise zu dem zweiten Termin antreten. Die Hin- und Rückreise nach der Stadt, in der der Prozess stattfindet, nimmt in den schnellsten Zügen sechsundzwanzig Stunden in Anspruch. Dazu kommen die Fahrten nach und vonder Bahn, die Verhandlungsdauer selbst, sowie das Uebernachten. Wenn alles gut geht, so sind das 48 geopfert Stunden, ganz abgese-

denen deutsche Zeitungen erscheinen, sensationelle Verhandlungen, sowie die moralische und gerichtliche Vernichtung des Klägers an! Prominente Zeugen aus allen Parteilagern wurden genannt. Die Verleumdungen wurden zunächst also "mit genauer Quellenangabe" durch die ganze Welt weiter verbreitet. Kein Wunder also, dass die Hetze gegen den Kläger von Tag zu Tag immer infamer wurde. Eines Tages befand sich unter den ihm eingeschickten Blättern mit den hakenkreuzlerischen Schimpfereien auch der "Urwaldbote" (das ist wirklich kein Boherz!), ein südamerikanisches Blatt, das in deutscher Sprache erscheint. Unwas war aus diesem "Urwaldboten" zu ersehen? Er enthielt eine Aufforderung des verklagten Naziblattes, Gelder zur Durchführung des Prozesses zu sammeln, den der novemberverbrecherische Sozi gegen das Hakenkreuzblatt angestrengt hat.

Wie alles in der Welt, so nahm auch der Prozess nach etwa zwei Jahren ein Ende. Und was war das Ergebnis? Der beklagte Redakteur erklärte und musst in seinem Blatt veröffentlichen,

- er bedauere und bitte den Kläger um Entschuldigung, "denn nichts von allen aufgestellten Behauptungen könne er aufrecht erhalten, geschweige denn auch nur im entferntesten beweisen...."

Der Gestüpte verpflichtete sich ausserdem zu einer Busszahlung. Abgesehen von wenigen Blättern druckte keine der Zeitungen, die die Lüge verbreitet hatten, das Endergebnis des Prozesses ab. In den Köpfen der Leser (vielleicht tausender von Zeitungen) hatten die niederträchtigen Verleumdungen sich aber längst als "Tatsachen" festgesetzt. -

Zwei weitere Fälle, die ziemlich glatt verliefen: in einer thüringischen Stadt redete ein Nazi den Unsinn nach, den er, wie er später zu seiner Entschuldigung vor Gericht sagte, in irgend einer Zeitung gelesen hätte. Da er für seine Ehrabschneiderei nicht die Spur eines Beweises erbringen konnte, wurden ihm drei Monate Gefängnis aufgebürdet. Da er sich als vollkommen mittellos erwies, sind dem Kläger noch allerlei Kosten erwachsen. -

Noch ein Fall. Ein nationalsozialistischer Mittelbeamter schimpfte auf den gleichen Genossen. Ganz nebenbei, nicht erregt im Wirtshaus, nicht aufgeregt in einer Versammlung; nein, so ganz nebenbei verdächtigt er den Mitmenschen, den viele für vogelfrei halten. Das Gericht hatte auch in diesem Falle seine Taxe: drei Monate Gefängnis. Nun geht aber das Jammern des verurteilten Verleumders an; er beschwört den von ihm Verleumdeten, den Strafantrag noch zurückzunehmen, bevor das Urteil rechtskräftig werde, denn wenn er ins Gefängnis müsse, so bedeute das den Ruin seiner ganzen Familie. Dass er mit seinen gewissenlosen Schwätzereien die Ehre eines Mitmenschen zu ruinieren bereit war, ist ihm wohl bis zum heutigen Tag noch nicht zum Bewusstsein gekommen.

Ein Beispiel zum Schluss. Eine besonders böartige Verleumdung wird festgestellt: es ist die Beschuldigung des "Landesverrats" ausgesprochen. Also Klage. Vollständiger Zusammenbruch des Beklagten und der von ihm ausgesprochenen Verleumdung. Der Staatsanwalt beantragt sechs Monate Gefängnis. Der Nazianwalt will Zeit gewinnen, denn er sieht in der Ferne die von den Kommunazi erstrebte Amnestie. Er beantragt Vertagung und will in dem neuen Termin als Zeugen geladen wissen unter anderem den französischen Generalfeldmarschall Foch, den französischen Kriegsminister und ähnliche kleine Leute. Diese Anträge nimmt er schliesslich zurück, nachdem der Gerichtsvorsitzende darauf hingewiesen hatte, dass er leider keine Machtmittel habe, die Erfüllung der bescheidenen Wünsche zu erzwingen. Nun bestand der Advokat des Beklagten darauf, dass vier Mitglieder früherer deutscher Regierungen als Zeugen erscheinen müssten. Diesem Ansinnen wurde stattgegeben. Wegen einer mehr als sinnlosen Verleumdung müssen nun vier im öffentlichen Leben stehende Männer, die ausnahmslos mit Arbeit überlastet sind, die Reise zu dem zweiten Termin antreten. Die Hin- und Rückreise nach der Stadt, in der der Prozess stattfindet, nimmt in den schnellsten Zügen sechsundzwanzig Stunden in Anspruch. Dazu kommen die Fahrten nach und vorder Bahn, die Verhandlungsdauer selbst, sowie das Übernachten. Wenn alles gut geht, so sind das 48 geopferte Stunden, ganz abgese-

hen von den entstandenen Kosten. -

Können unsre Freunde jetzt verstehen, warum man nicht gegen jeden Lumpen- hund klagen kann? Selbstverständlich liegt es oft im Interesse der Partei, besonders böartige Burschen am Ohr zu nehmen. Die Genossen sollten im Übrigen darüber nachdenken, ob nicht in vielen Fällen das abgekürzte Verfahren in Anwendung kommen kann, das hier zum Schluss geschildert werden soll. Ein Genosse aus H.-Münden besuchte gelegentlich einer Geschäftsreise in eine grössere Nachbarstadt ein dortiges Café. An einem Nachbartische sass ein "feiner Herr" mit Monokel und schimpfte auf die Sozialdemokraten im allgemeinen und einen parteigenössischen Landrat im besonderen. Nachdem unser Freund aus München die Schimpferei eine Weile unbeachtet gelassen hatte, ging er an den Tisch des "feinen Herrn" und sagte: "ich zähle jetzt bis drei; wenn Sie bis dahin nicht Ihre Verleumdungen zurückgenommen haben, kriegen Sie eine Backpfeife." Da der "feine Herr" die Zeit mit albernen Einwänden verstreichen liess, lag er in dem Augenblicke, als das "Tempo vier" hätte fallen können, schon neben dem Stuhl. Sein Monokel war bis ans Buffet geflogen, die Backpfeife aber, die ihn zu Boden streckte, hat ganz bestimmt mindestens 24 Stunden lang auf der linken Wange festgesessen. Nur noch zwei Worte hat der "feine Herr" dann in dem Lokal über die Lippen gebracht, nämlich diese: "Ober, zahlen!"

-----

SPD. Ein seltenes astronomisches Ereignis.<sup>X</sup> Der Sternenfreund wird Mitte Oktober Gelegenheit zur Beobachtung eines ausserordentlich schönen und seltenen Himmelschauspiels haben. Die beiden Grossplaneten Venus und Jupiter bilden am Morgenhimmel dieses Monats ein wundervolles Sternpaar, das in auffallender Weise hell leuchtend und strahlend den östlichen Himmels schmückt. Es werden im Oktober überhaupt verschiedene schöne Gestirnstellungen zu beobachten sein. Am 24. und 25. Oktober geht die abnehmende Sichel des Mondes nahe an dem Planeten Mars vorüber, während am 26. Oktober, ebenfalls Morgens, ein Vorübergang der Mondsichel an Venus und Jupiter stattfindet. Den Höhepunkt des himmlischen Schauspiels bildet aber die Begegnung von Venus und Jupiter am Morgenhimmel des 20. Oktober. Beide Planeten stehen dann im Sternbilde des Löwen. Durch die grosse Helligkeit der beiden Gestirne und ihre grosse Annäherung aneinander wird sich ein Anblick von ganz ausserordentlicher Schönheit und Auffälligkeit ergeben. Die Annäherung ist so bedeutend, dass beide Himmelsobjekte dem unbewaffneten Auge fast wie ein Stern erscheinen. Die Konjunktion, die nahestehende Begegnung, erfolgt um 4 Uhr früh. Die Venus geht dann nur 7 Bogensekunden südlich vom Jupiter vorbei. Also selbst bei ziemlich starker Vergrösserung eines Fernrohrs kann man beide Planeten gleichzeitig im Gesichtsfelde beobachten. Die Venus ist an diesem Tage 152 Millionen Kilometer und der Riesenplanet Jupiter 912 Millionen Kilometer von der Erde entfernt. Da beide Planeten schon um 2½ Uhr früh aufgehen, so können sie in unsern Breiten im Augenblick der Konjunktion gut beobachtet werden. Kein Naturfreund sollte sich diese schöne, eindrucksvolle Sternstunde entgehen lassen, sofern nicht, wie leider häufig, der Wettergott einen Strich durch die Rechnung macht.

-----

SPD. Entdeckung einer neuen Höhle am Kyffhäuser.<sup>X</sup> Schon vor einigen Jahren versuchte man auf der Ochsenburg bei Steintalleben durch entsprechende Aufschlussarbeiten neue Höhlen aufzufinden. Das Suchen musste aber bald wieder aufgegeben werden, da keine Höhlenbildungen festgestellt werden konnten. Nur ist kürzlich nur 10 Meter von der alten Aufbruchstelle entfernt eine Höhle gefunden worden, die bereits in einer Länge von 25 Metern freigelegt werden konnte. Die Ausgrabungen, die auch reiche vorgeschichtliche Funde erhoffen lassen, werden unter fachmännischer Leitung fortgesetzt. Mit der Erschliessung dieser Höhle werden den Besuchern der Kyffhäusergegend drei Tropfsteinhöhlen zur Besichtigung zugänglich sein.